Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 6. Oktober 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 183**

Im ganzen Reich zum Abwehrkampf bereit!

Die Forderungen der Remscheider Arbeiterschaft

Alle Anzeichen beweisen, daß die Periode gefährlicher Passivität, die in den letzten Monaten die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Bann hielt, nun endgültig vorüber ist. Zu stark der Unternehmerdruck! Zu groß Not und Elend! Zu ungeheuerlich die Zukunftsaussichten der Massenarbeitslosigkeit und der erhöhte Preiswucher!

Aus allen Teilen des Reiches kommt die Nachricht, daß die Vertreter der Arbeiterschaft unter Aufstellung eines Kampfprogramms die Einleitung von geschlossenen Abwehrkämpfen fordern. Gestern Gotha, heute Remscheid. Dort traten am 1. Oktober die Gewerkschaften zusammen und beschlossen als „Grundlage für die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront der werktätigen Massen" ein

Kampfprogramm

für den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen und für die Abwälzung sämtlicher Lasten auf die Bourgeoisie.

a) Maßnahmen zur Sicherung der Existenz des werktätigen Volkes:

(Diese decken sich im wesentlichen mit den Gothaer Forderungen.)

b) Maßnahmen zur Abwälzung der Reparationskosten und sonstigen Lasten auf die Kapitalisten:

1. **Wirklich durchgreifende, die großen Vermögen und Einkommen** scharf erfassende progressive Einkommens- und Vermögenssteuer. Dabei sind Einkommen bis zu 3000 Mark und kleine Vermögen vollkommen steuerfrei zu lassen und von einer bestimmten Höhe an die großen Einkommen und Vermögen restlos wegzusteuern, also vom Staat zu beschlagnahmen.
2. In diesem Zusammenhang breiteste Agitation und Massenmobilisation für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und **Nationalisierung der Banken.**
3. **Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe** mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft selbst arbeitender Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.
4. **Beschlagnahme der dynastischen Vermögen. — Sofortige Einstellungen der Pensionszahlungen** an die Mitglieder der Fürstenhäuser und an die ehemaligen hohen Staatsbeamten und Würdenträger (Minister, Generale, Bürgermeister usw.)
5. **Streichung aller Ausgaben,** die der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für **Reichswehr, Polizei und Klassenjustiz.**

Außer diesen wirtschaftspolitischen Forderungen wird in dem Kampfprogramm noch aufgefordert, zu kämpfen für die

Befreiung der politischen Gefangenen

und die sozialen Sicherungsmaßnahmen:

„Millionenfach und immer wieder muß der Schrei nach Amnestie der politischen Gefangenen durch Deutschland hallen und ihm durch Massenaktionen Nachdruck verliehen werden.

Weiter gilt es, zu kämpfen für die **Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern und im Reiche, für die vollständige Wiederherstellung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterklasse, für die Pressefreiheit der kommunistischen Presse.**

Außerdem darf die Arbeiterschaft natürlich nicht vergessen, den Kampf der Kriegsopfer und Sozialrentner um menschliche Existenz zu unterstützen, weiter für Mutterschutz und Kinderfürsorge durch Staat und Gemeinden, zu kämpfen gegen die Wohnungsnot und für die Einräumung von Arbeiterwohnungen in den Villen und Riesenwohnungen der Bourgeoisie."

Die freien Gewerkschaften Remscheids:

Deutscher Verkehrsbund. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Verband der Bäcker und Konditoren. Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter. Verband der Gärtner- und Gärtnereigehilfen. Verband der Dachdecker. Verband der Maler und Lackierer Verband der Zimmerer. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zentral-Verband der Schuhmacher.

An der deutschen Arbeiterschaft liegt es nun, zu zeigen, daß diese Kampfprogramme keine papierne Mache, sondern der Ausdruck einer wirklich vorhandenen, von Tag zu Tag wachsenden Kampfstimmung sind. Seine Forderungen müssen auf die Tagesordnung jeder Betriebsversammlung gesetzt werden. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen ihre Organisationen zwingen, sich hinter sie zu stellen. Damit muß dem immer frecher werdenden Unternehmerangriff ein mächtiges: Bis hierher und nicht weiter! entgegengedonnert werden.

Genossen! Arbeiter im ganzen Reich! Heraus zum Kampf!

Vor der Hungerkatastrophe

„Weizen kostete an der gestrigen Getreidebörse 245 Mark pro Tonne gegen 142 Mark am 1. Juli; Roggen 249 Mark gegen 131!

Und schon machen sich die Wirkungen der Teuerung unmittelbar den Konsumenten fühlbar: in Dresden wurden gestern die Brotpreise erneut erhöht, so daß ein Vier-Pfund-Brot erster Sorte jetzt 76 Pf., ein Vier-Pfund-Brot zweiter Sorte 66 Pf. kostet.

Im Durchschnitt des Jahres 1913, also unter dem Schutzzollsystem, kostete Weizen durchschnittlich 199, Roggen 169 Mark, d. h. die Lebensmittelpreise sind heute, ohne Schutzzölle bis um 50 Prozent über den Friedenspreis gestiegen. Ursache dafür ist einerseits die schlechte Welternte, andererseits die preistreiberische Politik des Herrn Kanitz und seiner Auftraggeber, der Landbündler. Man hat im Juli, als die Inlands- unter den Weltmarktpreisen standen, die Ausfuhr von Brotgetreide freigegeben: ungeheure Getreidemengen gingen über die Grenze, die heute, nach der Mißernte **zurückgekauft** werden müssen — zu Preisen, die um 50 Prozent gegen damals gestiegen sind. Und zudem war die Einbringung der Schutzzollvorlage geradezu eine Aufforderung an die Spekulanten, den Wucher aufs äußerste zu treiben.

Und die Agrarier bestehen auf ihrem Schein. Heute, wo die deutschen Getreidepreise weit über dem Friedensstand und auch über den Weltmarktpreisen stehen, fordert der **Anhaltische Landbund** erneut die Schutzzölle „zur Rettung der Landwirtschaft". Und die deutschnationale Presse bezeichnet als eine Hauptbedingung für die Zulassung der Sozialdemokraten zur Futterkrippe deren offene Zustimmung zum Zollwucher.

Der „Vorwärts" läßt seine üblichen Reden gegen den Preiswucher von statten — er macht Kanitz und die Landbündler für alles verantwortlich. Aber wer hat Kanitz zum Ernährungsminister gemacht? Wer hat der Regierung, deren Mitglied er ist, immer wieder das Vertrauen ausgesprochen? Wer erklärt sich eben jetzt „grundsätzlich" bereit, „unter Hintansetzung aller parteitaktischen Bedenken" — d. h. aller proletarischen Lebensinteressen — gemeinsam mit den Deutschnationalen zur Futterkrippe zu gehen? Gemeinsam mit den Deutschnationalen, die nichts weiter sind als die Interessenvertretung der Brotwucherer? **Die Sozialdemokratie!"**

Einheitsfront Breitscheid — Westarp!

Zur „Regierungsumbildung"

* Halle, 6. Oktober.

Es ist die alte Geschichte: Die Bourgeoisie spielt mit verteilten Rollen.

Der „Streit" um die Regierungsumbildung — in einem Moment, da das deutsche Bürgertum von Breitscheid bis Westarp in der Grundfrage höchst einmütig dasteht — ist nichts als ein Bluff, der die Aufmerksamkeit der Massen ablenken soll. Ihnen soll vorgegaukelt werden, daß überhaupt ernsthafte Differenzen bestehen, daß es von irgendwelcher Bedeutung sei, ob in Zukunft in Deutschland die „rechte" oder die „linke" Bourgeoisie regiere.

Plumpe Bauernfängerei!

Wir wissen, daß die Richtung jeder bürgerlichen Politik in Deutschland für dauernd bestimmt ist: durch die Dawes-Pläne. Ein teuflisches Netz haben die internationalen Kapitalsachverständigen ausgelegt, mit genialer Raffinesse haben sie den Schröpfe: überall dort angesetzt, wo aus dem ohnehin schon zerrütteten Körper der deutschen Masse noch besondere Profite ausgepreßt werden können. Jede bürgerliche Regierung spielt die Rolle des Henkersknechts bei diesem Verbrechen. Sie wird die Ausführungsgesetze schaffen. Sie wird diese gegen jedes Aufbegehren der gepeinigten Massen verteidigen. Sie wird das tun, was der Reichskanzler Marx am Sonnabend vor den Pressevertretern bei Darlegung seines Regierungsprogramms „loyale Durchführung des Londoner Abkommens" und „Schutz der Staatsautorität" genannt hat. Das ist das Entscheidende!

Gewiß wird ein deutschnationaler Bazillenkurs im Reich sich mit hemmungsloser Brutalität austoben. Aber ist das Regime der 7000 eingekerkerten Proletarier noch zu übertreffen? Ist ein Unterschied, ob Wels oder Tirpitz den Niedner zu seinem Handwerk ermächtigt? Oder sind Achtstundentag, Zwölfstundentag, Arbeitslosenelend dadurch gemildert, daß etliche Leinerts sich in den Reichsministersesseln flezen? Kein Arbeiter wird heute noch so töricht sein, das zu glauben. Das deutsche Proletariat hat genug Erfahrungen mit Regierungen, in denen Sozialdemokraten saßen. Zielsicherer als ihre bürgerlichen Kollegen verstanden es die SPD.-Minister, ihre Schläge gegen die deutsche Arbeiterschaft zu führen. Und sie brennen heute nur auf den Augenblick, da sie wieder auf die deutschen Massen losgelassen werden.

Der Sinn des ganzen Streites um die Regierungsbildung geht also nicht um eine mildere oder schärfere Politik gegenüber den Opfern der Dawes-Pläne, den deutschen Ausgebeuteten, sondern darum: Welche Parteien die Rolle des Lakaien für die Morgan & Co. mit Ministersesseln bezahlt bekommen sollen. Die Deutschnationalen weisen ihren Schein vom großen Abstimmungstage vor. Etliche Leute im Zentrum, und Held Ebert hinter den Kulissen, erinnern an die glänzenden Proben, die die SPD. auf dem Gebiete der Niederhaltung der Massen schon abgelegt hat. Sie erinnern daran, wie notwendig im kommenden Hungerwinter der deutschen Bourgeoisie ein sozialdemokratischer Noske sein wird. So drängen sie sich von rechts und links an die Morgan-Futterkrippe. Und siehe da, „grundsätzlich" sind weder die einen noch die anderen einer Zusammenarbeit abgeneigt. Darüber darf auch das heftige Ablehnungsgeschrei der Sozialdemokraten nicht hinwegtäuschen. Mit Recht stellt die große Stinnes-Zeitung „DAZ." in ihrer gestrigen politischen Betrachtung fest, daß die heutigen Helden der SPD. vor noch nicht allzulanger Zeit auch eine Koalition mit Stresemann, teilweise sogar mit den Demokraten als „unmöglich" abgelehnt haben. Nicht einmal die bürgerlichen Partner nehmen es also ernst, wenn die SPD. sich wie eine schamhafte Jungfrau ziert, den Hergt und Westarp in den Schoß zu fallen.

Es ist nur die Furcht vor ihren Wählern, die beide Parteien, Deutschnationale wie SPD., zwingt, das Zusammenkommen noch ein wenig hinauszuschieben. Und wann sie zusammenkommen, das ist im Grunde ja auch gleichgültig. Mag die Regierung zusammengesetzt sein, wie sie will, die deutschnationalen Junker werden trotzdem ihre Brotwuchergeschenke erhalten und die Sozialdemokraten werden die Rolle des stillen Teilhabers unentwegt weiter spielen.

Und deshalb ist es wichtig für die deutsche Arbeiterschaft zu erkennen: Unter der täuschenden Oberfläche angeblicher „Differenzen" ist der Einheitsblock Westarp-Breitscheid längst gebildet. Es ist der Block der Lohnkürzung, des Zwölfstundentages, der Block der Massenentlassungen, des Brotwuchers, der Block des Polizeiexekutivgewalt und der Justizschande. Gegen ihn in seiner Gesamtheit den Kampf aufzunehmen, ist höchste Zeit. Die Ansätze zu größeren Kampfbewegungen in West- und Mitteldeutschland

Ein neunzehnjähriger Kommunist zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt!

Leipzig, 6. Oktober.

Am Sonnabend kam vor dem Staatsgerichtshof der Prozeß des Genossen Neufeld aus Karlsruhe zur Verhandlung, der angeklagt war, Flugblätter verteilt und die Jugend trotz des Verbotes weitergeführt zu haben. Trotzdem Genosse Neufeld erst 19 Jahre alt ist, wagte es der Staatsanwalt, vier Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe zu beantragen. „In Anbetracht der Gefährlichkeit des Treibens des Neufeld" — so berichtet die bürgerliche Presse — „ging das Gericht über die Mindeststrafe weit hinaus und verurteilte ihn zu

zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe."

Genosse Neufeld rief nach Verkündigung des Urteils in den Saal, die deutsche Arbeiterschaft werde solche Urteile rächen und nun erst recht auf den Umsturz des kapitalistischen Systems hinarbeiten.

Das Urteil im Düsseldorfer Bludauprozeß!

(WTB.) Düsseldorf, 6. Oktober.

In dem Prozeß gegen die Teilnehmer an den Plünderungen und Ausschreitungen, die im vergangenen Winter in Oberbilk stattgefunden haben, wurde gestern abend der Anführer Bludau zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vier weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von insgesamt 24 Monaten. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet.

Genosse Bludau, der in den Schreckensmonaten vor einem Jahr Führer der Düsseldorfer Erwerbslosen war, ist damit von der Klassenjustiz zur Strecke gebracht. Diese wagte es, ein solch ungeheuerliches Urteil gegen ihn zu vollstrecken, obwohl eine Reihe von Spitzeln, die das Anklagematerial gegen ihn zusammenschwindelten, während des Prozesses entlarvt und verhaftet wurden.

Das letzte Wort über dieses Urteil wird jedenfalls die Düsseldorfer Arbeiterschaft sprechen!

Streik der Berliner Mühlenarbeiter

(Eig. Drahtm.) Berlin, 6. Oktober.

Die Mühlenarbeiter haben den Schiedsspruch abgelehnt und sich für den Streik entschieden. Der Beginn des Streikes ist noch nicht festgesetzt. Die bürgerliche Presse hetzt jetzt schon gegen die Mühlenarbeiter, die angeblich durch ihren Streik die Lebensmittelversorgung gefährden und ruft nach Technischer Nothilfe.

„Weltfriedenskongreß"

Berlin, 6. Oktober.

Gestern wurde hier der sogenannte Weltfriedenskongreß, eine Versammlung pazifistischer Schönredner, eröffnet. Die Versammlung ist charakterisiert durch die Teilnahme eines Menschen, wie Löbe. Als dieser es wagte, den Namen Karl Liebknechts zu erwähnen, wurde ihm von der Tribüne zugerufen: „Ermordet durch Euch!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0001

müssen zusammengefaßt und verstärkt werden. Die Resolutionen der Gothaer und Remscheider Gewerkschaften zeigen Ziel und Wege dieses Kampfes.

Von ihm dürfen sich die deutschen Massen durch keinen Regierungsumbildungsbluff ablenken lassen!

Die deutschen „Löhne" unhaltbar!

Ein wertvolles Eingeständnis

rrp. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", das Organ der Ruhrkohlenkönige, gibt das Referat wieder, das der Vorsitzende der „Niederländischen Handelskammer für Deutschland" zur Frage der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf den Weltmärkten gehalten hat. Darin wird folgendes über die Löhne der deutschen Arbeiter gesagt:

Der Durchschnittsstundenlohn in der deutschen Industrie beträgt heute 70 Pf. Die deutschen Löhne liegen demnach unter den ausländischen Sätzen. Aber durch diese niedrigen Löhne entstehen der deutschen Industrie ohne weiteres erschütternde Nachteile. Niedrige Löhne bedeuten natürlich eine verminderte inländische Kaufkraft. Hierdurch erfährt der Inlands-Warenverbrauch eine erhebliche Verminderung, wodurch wiederum der Absatz der Industrie leidet. Die logische Folge ist Steigerung der Gestehungskosten, da nur bei voller Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Unternehmer die Produktionskosten vermindert werden. **Ubrigens sind die augenblicklichen niedrigen Löhne voraussichtlich nur auf absehbare Zeit beizubehalten. Schließlich müssen doch Löhne bezahlt werden, die ein gewisses Existenzminimum garantieren!**

Daß die Löhne der deutschen Arbeiter unter dem Existenzminimum liegen, ist eine alte Weisheit, die die Arbeiter schon jahrelang am eigenen Leibe bitter verspüren mußten. Es ist aber immerhin wertvoll und für die Agitation gut zu gebrauchen, daß diese Tatsache von den Ausbeutern selbst bestätigt wird.

Vom „internationalen Kongreß für Sozialpolitik"

Lujo Brentano zum Achtstundentag

In Prag findet zurzeit ein internationaler Kongreß für Sozialpolitik statt. Die angestellten Professoren der einzelnen kapitalistischen Staaten und die sozialdemokratischen Angestellten dieser Länder beraten sich dort über die Möglichkeit der Ausbeutung und ihrer Verschärfung. Die ausländischen Kapitalisten werden naturgemäß das Proletariat dieser Länder auf eine ähnliche Lebenshaltung wie das deutsche Proletariat zwingen. Das gibt Brentano, der deutsche Vertreter, zu: „Die Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter würde alsbald die Lebenshaltung in allen ihren Konkurrenzländern herbeiführen." Brentano sagt, es gibt zwei Möglichkeiten für die deutschen Kapitalisten, ihren Profit zu steigern, die Arbeiterschaft auszuplündern und Reparationszahlungen zu leisten, d. h. die Kapitalisten der anderen Staaten an der Ausplünderung des deutschen Proletariats zu beteiligen.

„Der nächste Gedanke wäre, durch Verbesserungen in der Technik und der wirtschaftlichen Organisation der Betriebe dies zu ermöglichen. Allein solange nicht die deutschen Kreditverhältnisse sehr viel besser geworden sind, wird an technischen und organisatorischen Verbesserungen der deutschen Betriebe nicht zu denken sein.

Nach der Auffassung der deutschen Sozialreformer wäre ein anderer Weg zur nötigen Steigerung der deutschen Produktivität eine Steigerung der Arbeitsintensität, wie sie durch systematische Durchführung der Entlohnung nach Maßgabe der Leistung herbeigeführt und durch gleichzeitige Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden, wo immer eine solche stattfinden kann, physisch und psychisch ermöglicht werden soll."

Es ist ganz klar, daß selbst Lujo Brentano nicht daran denkt, daß die Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden stattfinden kann. Das sind Phrasen, die er hinzufügt, aber mit denen er gleichzeitig die Türe sich öffnet zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Offen jedoch wird zugegeben: Der deutsche Produktionsapparat ist nicht mehr konkurrenzfähig, er soll konkurrenzfähig gemacht werden durch weitere Verschärfung der Ausbeutung, vor allem durch Lohnkürzung mittels Akkordsystems, durch Anwendung der schärfsten ausbeuterischen Methoden. Das wird bereits versucht und auch der Erfolg zeigt sich. Eine ganz außergewöhnlich starke Steigerung der Unglücksfälle sind Zeugen dieses ausbeuterischen Prozesses. Meldungen eines einzigen Tages aus dem Rheinland berichten von neuen (!) schweren Unglücken und zeigen, was das deutsche Proletariat bei der Durchführung der sozialen Pläne neben der verschärften Ausbeutung zu erwarten hat.

21 Straßenbahnzusammenstöße!

Berlin, 6. Oktober.

Nach einer von der „Montagspost" veröffentlichten Statistik haben sich bei der Berliner Straßenbahn in der Zeit vom 16. September bis 4. Oktober, also in siebzehn Tagen, 21 Zusammenstöße ereignet, bei denen 77 Personen verletzt wurden.

Sie liegen einander schon in den Haaren!

Der Streit um die Beute

TU. Berlin, 4. Oktober.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, hat die Erhebung der 26prozentigen Reparationsabgabe durch Frankreich auch in Kreisen, die dem Transfer-Agenten nahestehen, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Der Transfer-Agent hat in der Tat auch bereits Schritte unternommen, um die französische Regierung zu einer anderweitigen Regelung zu veranlassen.

Der Streit der Imperialisten untereinander über die Aufteilung der Beute ist also schon im vollen Gange. Young vertritt das Morgan-Kapital. Die „Friedensära" in Deutschland fängt ja schön an.

Neue Eroberung der Stinnes-Gruppe

Die Stinnes-Gruppe setzt ihre Erwerbungen mit großem Erfolg fort. Sie hat neuerdings die Firma Jacob Schaßmann & Söhne, A.-G., Frankfurt a. M., und die Firma L. Weil & Reinhardt A.-G. in Mannheim übernommen. Ferner wurde in Berlin neu gegründet die Hugo Stinnes A.-G. für Ost, Handels- und Industrie-Unternehmungen mit 0,5 Millionen Mark Kapital.

*

So führen die Erben Stinnes ihren Eroberungsfeldzug in der in- und ausländischen Wirtschaft weiter. Während das deutsche Unternehmertum über „Absatzmangel, Kreditnot usw." klagt, macht es auf der anderen Seite riesenhafte Neuerwerbungen!

Crispiens Abfuhr in Hamborn

(Eig. Drahtm.) **Hamborn, 6. Oktober.**

Die SPD. wagte, mitten in einer Arbeiterstadt eine Versammlung abzuhalten. Sie ließ aus den ganzen umliegenden Städten ihre Leute zusammenholen, um dadurch die Versammlungen wirklich zu machen. Als nach der Rede Crispiens der Vorsitzende die Diskussion abwürgen wollte, wurde die Versammlung von den Arbeitern gesprengt.

Severing vor dem Landtag

Der Landtag steht seit Freitag in der Beratung des Polizei-Etats. Severing steht vor seiner Marneschlacht. Ein Vorpostengefecht hat er bereits verloren, als er zu Beginn der Verhandlungen, entsprechend dem Verlangen der kommunistischen Fraktion, die Antwort geben mußte auf eine Kleine Anfrage. Nicht einmal Heilmanns robuste Strategie vermochte die Niederlage abzuwenden.

Genossin Wolfstein war am 27. November v. J. durch Severings Polizei in Berlin anläßlich einer Demonstration gegen das Verbot der KPD. verhaftet worden. Als die Landtagsfraktion Severing wegen dieses Bruches der Abgeordnetenimmunität zur Rede stellte, verteidigte der Sozialdemokrat seine Richter-Spitzel mit der Behauptung, „es wäre seine bestimmte Ueberzeugung, daß in der gerichtlichen Untersuchung festgestellt werde, daß Frau Wolfstein mindestens an der Vorbereitung und der Durchführung eines Verbrechens beteiligt war". Als Genossin Wolfstein, wegen „Uebertretung einer Polizeiverordnung" angeklagt, vom Berliner Amtsgericht freigesprochen worden war, forderte die Landtagsfraktion in einer Kleinen Anfrage vom 18. Juni d. J. Severing auf, seine öffentlichen Anschuldigungen öffentlich zurückzunehmen, die schuldigen Polizeibeamten zu bestrafen und die Behörden zu einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung zu veranlassen. Da die Frist, während welcher die Anfrage beantwortet sein mußte, längst verstrichen war, löste die kommunistische Fraktion dem tapferen Schweiger Severing jetzt mit Hilfe eines zwingenden Geschäftsordnungsparagraphen die Zunge. Schrecklicher Fall für einen sozialdemokratischen Minister, sich durch Kommunisten zu etwas zwingen zu lassen, aber er mußte reden. Und was sagte er? Jedes Wort war ein — Severing. 1. „Er sei bereit, seine Behauptung zurückzunehmen, wenn er sich durch Prüfung der Akten von der Unrichtigkeit überzeugt hätte. 2. Die Bestrafung der Polizeibeamten lehne er ab, da eine Verletzung der Immunität nicht vorläge. 3. (zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung) Ja." Auf eine ergänzende Anfrage, wann das Aktenstudium voraussichtlich zu Ende sein würde, erwiderte Severing: „In vierzehn Tagen." (Große Heiterkeit.)

Zum Etat Severings, Teil: Allgemeine Verwaltung, sprachen zunächst Hauschild (SPD.) und Loenartz (Zentrum), zwei von Severing berufene Landräte. Was konnten sie anderes Besseres tun, als ihren Protektor und seine Politik loben? Die Deutschnationalen schickten dann den sehr ungeschickten Regenborn vor, der die Galerie besoffener, prügelnder, bordellbesuchender Oberpräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten des neuen Regimes vorführen mußte. Dr. v. Campe (Deutsche Volkspartei) sprach sehr scharf gegen Severing. Er plädierte für die deutschnationale Mitwirkung an der Regierung, feierte Schwarzweißrot und den Stahlhelm. Schwarzrotgold, den 11. August und das Reichsbanner der Hörsing-Severing lehnte er ab. Die Sozialdemokraten opponierten ihrem „Koalitionsgenossen" nicht und schwiegen auch noch, als er sagte, wenn heute entschieden würde über die schwarzweißrote Flagge, würde auch der größte Teil der Sozialdemokraten für Beibehaltung sein.

Genosse Schwenk kam am Sonnabend zu Wort.

Eröffnung der Rhein-Ruhrwoche

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf, 6. Oktober.**

Gestern fand im überfüllten Volkshaussaal die Einleitung zur Rhein-Ruhr-Woche und eine Funktionärkonferenz der drei rheinisch-westfälischen Bezirke der KPD. statt. Anwesend waren 498 Funktionäre vom Ruhrgebiet, vom Niederrhein und vom Mittelrhein. Das Referat hielt Genossin Ruth, stellte die Partei ein auf Kampf gegen pazifistische Illusionen, Aktivisierung der Massen gegen den Londoner Pakt um Lohn und Arbeitszeit, besonders der Metallarbeiter, Eisenbahner und Bergbau, für die Befreiung der 7000 proletarischen politischen Gefangenen. Die Konferenz nahm einen prächtigen Verlauf und berechtigte zu der Hoffnung, daß das Proletariat in naher Zukunft das furchtbare Lohnelend abwehren und in neuen Kämpfen sich stärkere Positionen erobern wird, so daß auch der Klassenfeind stärker bekämpft werden kann.

Bestialische Hinmordung deutscher Erwerbsloser in Marokko

(Eig. Drahtb.) **Hamburg, 4. Oktober.**

Die „Hamburger Volkszeitung" teilt auf Grund von Original-Briefen die schändliche Hinmordung unschuldiger deutscher Erwerbsloser in Marokko durch spanische Militärbestien mit. Die Erwerbslosen wurden ohne jegliches Verfahren an Pferde gebunden und zu Tode geschleift. Andere, die angeblich gemeutert haben sollen, wurden schwer gefesselt auf Autos gepackt und fortgeschleppt — niemand weiß ihr Schicksal! Das deutsche Auswärtige Amt bestätigt heute in einem bürgerlichen Hamburger Blatt den Korrespondenten die Richtigkeit der Darstellungen unseres Hamburger Parteiorgans. Das Auswärtige Amt gibt zu, daß drei deutsche Fremdenlegionäre wegen Meuterei erschossen worden sind und daß noch einige andere wegen Ungehorsams ihrer Bestrafung entgegensehen. Es handelt sich im ganzen um 27 deutsche Legionäre, von denen bereits 10 oder 12 ihrer Strafe verfallen seien. Unser Hamburger Parteiblatt greift die deutsche Regierung als die Zutreiberin und Duldern dieser Schmach heftig an und verlangt gemäß der Forderung der Reichstagsfraktion die sofortige Freilassung der Opfer, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen mit Hilfe deutscher Behörden verschleppt worden sind.

Der 3. Reichskongreß der KK.-Gruppen Deutschlands

(Eigener Bericht.)

Weißenfels, 5. Oktober.

Am Sonnabend, dem 4. Oktober, morgens 9 Uhr, eröffnete der 3. Reichskongreß der kommunistischen Kindergruppen mit dem Gesang der „Internationale" seine Verhandlungen. Das Präsidium, das gewählt wurde, besteht nur aus Kindern; ein zwölfjähriger Thüringer Proletarierjunge ist der Verhandlungsleiter. Der Vormittag war durch den Arbeitsbericht der Zentrale und die daraufhin einsetzende rege Aussprache ausgefüllt. Daß die Kinder den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen das reaktionäre Schulregiment und für die revolutionäre Propaganda unter den Jüngsten des Proletariat sehr energisch aufgenommen haben, beweisen die Berichte von den Schulstreiks in Neukölln und Gotha, wo 600 Kinder acht Wochen für die Wiedereinstellung der kommunistischen Lehrer, die von der reaktionären Thüringer Regierung ihrer Aemter enthoben waren, kämpften.

Wie sind die Kindergruppen verfolgt worden!

Bürgerliche Zeitungen in Gera haben zur Niederknüppelung der Mitglieder der Kindergruppen aufgefordert!

Aber das hat die kleinen Kommunisten wenig gekümmert. Sie haben auch während der schwersten Verfolgungen zu den Kämpfen der Kommunistischen Partei und Jugend gestanden und wurden oft die wichtigsten Stützen der revolutionären Bewegung. In Demonstrationszügen marschierten in vielen Städten die klassenbewußten Proletarierkinder zur Wahlpropaganda am 4. Mai. Allen Verfolgungen hielten sie Stand. Kindergruppenleiter, die monatelang eingesperrt waren, vertreten trotz aller Foltern kein Wort. Das zeigt auch diese Aussprache, daß trotz vieler Mängel und trotz der nach dem Oktober erfolgenden unvermeidlichen Rückschläge die Kindergruppenbewegung sich energisch wieder hocharbeitet. Am Schluß der Sonnabendtagung wurde einstimmig beschlossen, zum Andenken und zur Ehrung der gefallenen Weißenfelser Kindergruppen zu einer Aussprache.

Am Sonntagmorgen wurden die Verhandlungen im reichgeschmückten Saal des Weißenfelser Stadttheaters eröffnet. Trotz des Verbotes waren Vertreter der bayrischen Kommunistischen Kindergruppen erschienen und wurden mit großem Enthusiasmus begrüßt.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Umbenennung des Verbandes der Kommunistischen Kindergruppen Deutschlands in den **„Jung-Spartakus-Bund Deutschland".** Es hat sich in den bisherigen Kämpfen gezeigt, daß die kommunistischen Kindergruppen vielfach noch sehr isoliert und vereinzelt dastehen, daß sie in ihrem Kampf noch nicht die nötige Verbindung miteinander haben. Daß vielfach jede Kindergruppe selbständig für sich handelt und nicht in dem nötigen Kontakt mit der benachbarten Kindergruppe der Provinz und darüber im Reichsmaßstabe steht. Diesem Mangel soll durch neue organisatorische Maßnahmen abgeholfen werden. Aber diese müssen auch ihren Ausdruck finden in der Umbenennung des Bundes, damit dieser Name das Signal ist, das den Kampf gegen die Kriegsmache verkündet und den Feinden des Proletariats einen furchtbaren Schrecken einjagen wird.

Es wurde nach der Aussprache des Vertreters der Zentrale einstimmig beschlossen, die kommunistischen Kindergruppen in den „Jung-Spartakus-Bund Deutschland" umzutaufen. Unter großer Begeisterung legten die vielen Hunderte versammelter Kinder stehend folgendes Kampfgelöbnis ab:

„Wir, junge Pioniere des Kommunismus, haben uns im „Jung-Spartakus-Bund" zusammengeschlossen, um die Arbeiterkinder in den Befreiungskampf des Proletariats einzureihen und für den Kommunismus zu gewinnen.

Wir geloben, uns dieses Namens würdig zu erweisen und wir Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unsere ganze Kraft und unser Leben in den Dienst dieses Kampfes zu stellen.

Wir geloben, in Reih und Glied mit der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugend zu marschieren und strengste proletarische Disziplin zu halten.

Wir geloben, im Geist und im Zeichen Lenins zu kämpfen und zu arbeiten, damit die proletarische Revolution in Deutschland bald Wirklichkeit wird.

Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der Kommunismus!"

Spontan stimmten die Kinder nach der Ablegung des Gelöbnisses, das durch seine Wucht einen ungeheuer tiefen Eindruck machte, die „Internationale" an. (Fortsetzung folgt.)

Deutscher Völkerbundseintritt

Die Ententemächte werden laut Beschluß des französischen Ministerrats auf das deutsche Völkerbundmemorandum eine gemeinsame Antwort erteilen. Herriot wünscht den Eintritt Deutschlands.

Geschenke an die höhere Beamtenschaft

Von Oberpostassistent Alfred Altroggen, Magdeburg

Unser Jenaer Bruderorgan veröffentlicht diesen ihr von einem Beamten zur Verfügung gestellten Artikel, da derselbe gerade gegenwärtig von besonderem Interesse ist. Der Reichsfinanzminister hat sich geweigert, eine Gehaltsaufbesserung für die Beamten zu bewilligen.

Kaum vier Monate liegt das ungeheuerliche Geschenk an die höhere Beamtenschaft zurück. Dieser Vorgang, der viel Aufsehen machte, der Arbeiterschaft wieder ins Gedächtnis zurückzurufen und vor allem in seiner sozialpolitischen Bedeutung zu beleuchten, ist der Zweck dieser Zeilen. **Ich schide voraus, daß die Reichstagsfraktion der KPD. und der Vorsitzende des Beamtenausschusses des Reichstages, Emil Eichhorn (KPD.) ihr möglichstes getan haben, um diesen Gehaltsstaatsstreich zunichte zu machen.** Bei der Zusammensetzung des Reichstages aber leider vergeblich.

Am 4. Mai war der Reichstag gewählt worden, gewählt darum, weil eine Mehrheit für die Billigung gewisser auf Grund des famosen Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen nicht zu finden war.

Zu gleicher Zeit schwebten damals Gehaltsverhandlungen der Beamten-Spitzenorganisationen mit der Regierung als Auswirkung der damals erfolgten „Lohnaufbesserung". Was tat der Reichsfinanzminister? Er verordnete (auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, dessen Geltung aber umstritten war), am 24. Mai Gehaltserhöhungen, durch die die unteren Beamtengruppen um 17 Prozent, die mittleren um 24 bis 40 Prozent, die höheren bis zu 71 Prozent aufgebessert wurden. Das bedeutete in der Praxis z. B. für einen Postschaffner eine monatliche „Aufbesserung" von rund 18 Mk., für einen Amtsrichter rund 150 Mk., einen Ministerialdirektor rund 250 Mk.

Vieltägige Verhandlungen der Volksvertretung folgten. Die Regierung verfügte nun mit einem Male nur über begrenzte Mittel. **Das Resultat war eine Verbesserung der unteren Beamten um 1 bis 8 Mk. monatlich. Bis heute ist keine Aenderung erfolgt.**

Nachdem vielfach durch Schuld der Arbeiter die „Errungenschaften der Revolution" wieder verloren gegangen sind, sollen wir Beamten alle mehr oder weniger den „gottgewollten Abhängigkeiten" wieder unterworfen werden, deutlicher gesprochen, über unser Schicksal sollen die höheren Beamten entscheiden. Wie sollen nun die höheren Beamten, die Richter, Landräte, Direktoren Verständnis für die Not der arbeitenden Massen haben, da sie ja durch ihr überhohes Gehalt vor jeder Sorge um das Notwendigste geschützt sind?

Nach dem Besoldungsgesetz von 1921 hatte der höhere Beamte etwa zweieinhalbmal soviel als der untere. **Seit der Einführung der Goldgehälter im November 1923 war das Verhältnis 1 zu 4, heute 1 zu 7.** Man vergleiche damit die „Aufbesserung" der Sozial- und Kriegsrenten, die zu allgemein bekannt sind, um hier aufgeführt zu werden. Durch die hohen Gehälter können die höheren Beamten wieder zur Kapitelsbildung schreiten, ihre Söhne studieren lassen, um sie wieder in hochbemerkte Stellen gelangen zu lassen — **alles auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.** Ob, wie im Volke behauptet wird, die Deckung dieser großen Ausgaben von der Hauszinssteuer aufgebracht wird, ist schwer zu prüfen.

Als Entschuldigung für ihre hohen Gehälter führen die höheren Beamten an, daß sie auch heute noch weniger als vor dem Kriege bekämen. Das trifft zwar zu. Wer heute ein monatliches Einkommen von 100 Mk. hat, lebt absolut schlechter als früher. **Die höheren Beamten aber erhalten vier- bis achtmal soviel als die meisten der Volksgenossen, leben also bedeutend besser.**

Die Regierung hat geglaubt, solche Gehälter zahlen zu müssen, um die höheren Beamten vom Uebertritt zur Industrie abhalten zu müssen. Dieselbe Regierung aber hat sich zur Begründung der niedrigen Sätze der unteren Beamten auf die geringeren Arbeiterlöhne derselben Industrie berufen.

Der Verfasser dieser Zeilen wohnte zur Zeit der Ausschüttung der hohen Aufbesserungen für die höheren Beamten in einem reichlich rechts gerichteten Harzörtchen, in dem viele pensionierte Offiziere wohnen. Er hat die wirtschaftliche Wandlung mit erlebt, die mit den genannten Herren vor sich ging. Vorher fühlten sie doch ein wenig die Not der Zeit, da ihr Kriegsgehalt nicht wesentlich höher war, als der Lohn eines vollbeschäftigten höchstbezahlten Qualitätsarbeiters. Viele bemühten sich um Nebenbeschäftigung, manche holten sogar Holz aus dem Walde, andere trieben Obst- und Ackerbau. Welche Wandlung seit dem 24. Mai 1924. **Mit ihren nun auf rund 350 bis 400 Mk. monatlich angewachsenen Pensionen können sie in Ruhe aushalten.**

Es wird Aufgabe der kommunistischen Reichstagsfraktion sein, dauernd darauf hinzuwirken, daß diese himmelschreiende Bereicherung der Gelder rückgängig gemacht wird. Vor allen Dingen muß das Augenmerk darauf gerichtet werden, daß bei einer etwaigen späteren Gehaltserhöhung die höheren Beamten nicht abermals bedacht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0002

Kolonie Oesterreich

(Von einem österreichischen Genossen.)

Oesterreich, die brave Kolonie des Völkerbundes, d. h. des englischen und französischen Kapitals, hat eine noch bravere Regierung, welche von Zeit zu Zeit über ihre Tätigkeit vor dem Völkerbund in Genf Bericht erstatten muß. Man ist nicht immer zufrieden mit dem kleinen Oesterreich und dann zieht man dem Prälaten Seipel, dem Kanzler der Republik, die Kutte hoch und versetzt ihm einige wohlmeinende Klapse, damit er es nächstens besser mache. Die Herren in Genf bewilligen dem Kleinen ein bestimmtes Taschengeld, womit er auskommen soll. Aber nicht immer ist das der Fall, und da in der letzten Berichtsperiode die österreichische Regierung das ihr bewilligte Budget wieder überschritten hatte, setzte der Völkerbund ein Finanzkomitee ein, welches die finanzielle Lage Oesterreichs untersuchen sollte; eine Dawes-Kommission im kleinen. Dieses Finanzkomitee legte dem Völkerbund sein Gutachten dar, und es wurde — ganz wie in London — vollinhaltlich angenommen, trotzdem Seipel gestrampelt hat. Wie sieht nun dieses Abkommen aus und was bedeutet es für das österreichische Proletariat?

Die Kommission hat festgestellt, daß Oesterreich das ihm bewilligte Budget überschritten hat und erhöhte demzufolge — nicht das Budget, sondern es wurde noch um eine erhebliche Summe von Goldkronen herabgesetzt; wahrscheinlich soll das die Strafe für die vergangene Verschwendung sein. Die Regierung muß ihre Ausgaben einschränken und sie wird sie einschränken auf Kosten der Arbeiter. Zuerst werden natürlich die Verbrauchssteuern, die die Löhne und Gehälter der Staatsangestellten herabgesetzt. Selbstverständlich werden die Ausgaben sozialpolitischer Natur auf ein Minimum herabgedrückt und die alten Männer und Frauen des Proletariats sind noch mehr als bisher dem Verhungern ausgesetzt.

Wie offen und schamlos dieses Abkommen das Kapital beschützt, zeigt am besten die neue Steuergesetzgebung, die das neue Genfer Abkommen zur Grundlage hat. Es ist beschlossen worden, daß die Banken- und Valutenumsatzsteuer, eine der wenigen direkten Steuern, die noch das Kapital bezahlt, herabgesetzt wird. Die Privatbanken werden schlichtern gebeten, ihre schamlosen Zinsen bei Kreditgewährung herabzusetzen, obwohl gleichzeitig die Nationalbank aufgefordert wird, daß sie an die Industrie weniger und teurere Kredite geben soll. Die Privatbanken werden Herrn Seipel etwas pfeifen und nicht ihre Wucherzinsen herabsetzen, wenn die Nationalbank das Gegenteil tut. Auch sollen den Staatsangestellten die Zügel strammer gezogen werden; es soll eine „wirksame Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsstunden bei den Aemtern" einsetzen; daß das nichts anderes bedeutet als die sogenannte „Intensivierung" der Arbeit und den Vorläufer der längeren Arbeitszeit, ist jedem Arbeiter klar. Außerdem sind noch andere Bestimmungen betreffend den staatlichen Verwaltungsapparat, festgelegt worden. So wird immer mehr auch die bisherige scheinbare Selbständigkeit Oesterreichs beschnitten.

Eisenbahn, Post, Tabakregie und noch viele andere staatlichen Unternehmungen sind schon seit langer Zeit unter der Form der „selbständigen Grundlage" in die Hände des ausländischen Kapitals übergegangen, und nun gehen denselben Weg die letzten bedeutenden Besitzungen des Staats, die Forste und Salinen; auch sie werden „selbständig", d. h. der österreichische Staat hat nichts mehr zu sagen, er hat nur das zu tun, was der Völkerbund befiehlt.

Seipel hat zu all diesem Ja und Amen gesagt und dann um den Reit des Völkerbundkredits gebeten. Man hat sein Verlangen stritte abgelehnt, und erst wenn alle obigen Maßnahmen auf das genauste durchgeführt sind, werden die Wohltäter des österreichischen Volkes der Regierung wieder einen Brocken hinwerfen.

Wie verhalten sich die Sozialdemokraten zu dieser Vervollkommnung der Versklavung des österreichischen Proletariats? O, sie sind sehr klassenbewußt! Sie stimmen für die Erhöhung der Schutzzölle, weil — in Deutschland der Achtstundentag aufgehoben ist. Sie strafen also die deutschen Unternehmer, weil ihre deutschen Genossen nichts dergleichen tun wollen, und haben eine günstige Gelegenheit, den Kapitalisten ihres eigenen Landes eine Gefälligkeit zu erweisen. Vor den Wahlen haben sie ein großes Geschrei erhoben, daß sie nie und nimmer die Aufhebung der Alters- und Invalidenversicherung zulassen werden; sie haben es sich überlegt und die Verschlechterung dieses Gesetzes doch zugelassen. „Wir sind nicht so", wie man in Wien sagt.

Immer haben sie verkündet, daß sie mit dem Genfer Abkommen nicht einverstanden sind, und während der Wahlkampagne hat die „Arbeiter-Zeitung" täglich nachgewiesen, daß nur die Arbeiter die Kosten des Genfer Abkommens tragen müssen. Jetzt hat die Sozialdemokratie Gelegenheit, das zur Wahl gegebene Versprechen einzulösen. Im Parlament soll über den Genfer Vorschlag Beschluß gefaßt werden, und in ihren Händen liegt die Entscheidung.

Wir zweifeln nicht daran, daß sie sich entscheiden wird, so wie sie es immer getan hat.

Bäckerstreik in Wien

Wien, 6. Oktober.

Die Bäckermeister Wiens drohen nämlich für den Fall, daß ihren Forderungen nach einer Hinaufsetzung des Brotpreises keine Folgen gegeben werde, am Montag den Betrieb einzustellen.

*

Dazu schreibt die Wiener „Rote Fahne":

„Wenige Wochen sind seit der letzten Brotpreiserhöhung verflossen und schon halten es die unverschämten Brotpreispiraten nicht aus. Während sie nun aber bisher die Erhöhung ankündigten, was jetzt infolge der letzten erzwungenen behördlichen Maßnahmen nicht mehr angeht, greifen sie diesmal zu einem neuen Mittel. . . .

Diesen Unverschämtheiten muß einmal ein Ende bereitet werden. Von dem Strafverfahren gegen die Ankerbrotwerke, das mit so großem Tamtam in Szene gesetzt wurde, hört man nichts mehr und ob gegen die Hammerbrotwerke eine Untersuchung eingeleitet wurde, steht auch nicht fest. Kein Wunder, daß den Brotpreispiraten der Kamm geschwollen ist, und daß sie es nunmehr wagen, solche erpresserische Pläne in die Welt zu setzen. Ihr Grundsatz ist eben: Kleine Brote — hohe Preise. Je weniger die Arbeiter sich an dem Brote sättigen können, desto fetter werden die Brotfabrikanten."

Belagerungszustand gegen den rumänischen Bauernaufstand

Tll. Belgrad, 4. Oktober.

Nach Blättermeldungen hat die rumänische Regierung über das ganze Land den Ausnahmezustand verhängt. Die ganze rumänische Presse soll unter strenger militärischer Zensur stehen.

Rivera zieht den Schwanz ein

eca. Paris, 4. Oktober.

Das „Journal" meldet aus Madrid: Nachdem nun die „Waffenehe" Spaniens in Marokko wiederhergestellt ist, wird General Primo de Rivera am 7. Oktober auf zwei Tage nach Madrid zurückkehren, um dem Direktorium über die Lage in Marokko zu berichten. Man erklärt, er wolle nun mit Abd el Krim verhandeln.

Auch das griechische Heer unter französischer Kontrolle

Paris, 4. Oktober.

Einem Wunsche der griechischen Regierung entsprechend, ist das Mitglied des Obersten Kriegsrats, General Guillaumet, nach Athen abgereist. Er soll, wie „Havas" meldet, an Ort und Stelle prüfen, unter welchen Bedingungen französische Offiziere an den griechischen Militärschulen wirken können.

Die georgischen Menschewisten sind Mörder, Brandstifter und Banditen!

Sie haben 21 Kommunisten ermordet, weitere verschleppt, die Kommunistenführer mißhandelt

(Von unserem Moskauer Korrespondenten.)

Moskau, Ende September 1924.

L. M. Einige Heldentaten der georgischen Menschewiki sind bisher unbekannt geblieben. Diese Herrschaften sind bekanntlich gediegene Pazifisten, schreien gegen den „Terror der Bolschewiki" und vergießen Krokodilstränen darüber, daß sie, die Unschuldsengel, durch die schlimmen Bolschewiki verfolgt werden. Der europäischen Arbeiterklasse zeigen sie ein äußerst friedfertiges pazifistisches Gesicht.

Diese Unschuldsengel haben im ersten Moment ihres Aufstandes vier Kommunisten erschossen.

Diese menschewistischen Banditen haben dann

17 weitere Arbeiterkommunisten, die ahnungslos ihrer friedlichen Arbeit nachgingen, überfallen und ermordet.

Georgiens Arbeiter und Bauern sind

über das Schicksal von weiteren neun Genossen, die durch die menschewistischen Banditen verschleppt wurden, in banger Unsicherheit.

So begann der Kampf um „die Demokratie" in Georgien.

Genosse Macharadze ist der älteste, verdienteste Marxist in Georgien. Ein alter Revolutionär, treuer Mitarbeiter von Lenin, ein Vorkämpfer des revolutionären Proletariats im Kaukasus. Ein verdienter, greiser Genosse.

Die Genossen Turuja, Ruben, Mamula, Toropkin, der Vorsitzende der ZKK. Georgiens, Genosse Doliobra, sind den georgischen Arbeitern und Bauern als gute, der Arbeitersache ergebene Revolutionäre bekannt.

Was sagen nun die Herren Djordanje, Tzereteli, Tschuktelli dazu, daß

der greise Macharadze und die übrigen Genossen durch die menschewistisch-monarchistischen Banditen als Geisel verschleppt und mißhandelt wurden?

Was sagen die Helden der 2. Internationale zu diesen „friedlichen" Kampfmethoden?

Nur das rasche Eingreifen der aus georgischen Arbeitern und Bauern bestehenden Roten Armee hat das Schlimmste verhütet und das Leben dieser Genossen gerettet.

*

In Duschet haben die „Befreiungskämpfer"

die gemeinen Verbrecher aus dem Gefängnis befreit und bewaffnet.

Das war wirklich eine „Befreiungstat".

Die völkerbefreienden „Sozialisten" haben sich nicht nur mit Monarchisten, sondern auch mit Banditen, **ganz gemeinen Banditen** verbündet.

Und eine der größten und — nebenbei gesagt — auch charakteristischen Heldentaten bestand darin, daß sie versucht haben,

in Baku die Naphthaquellen in Brand zu stecken.

Das rühmliche Unternehmen ist dank der Wachsamkeit der Bakuer Arbeiter mißlungen. Diese Heldentat im Dienste des Naphthakapitals muß aber für die Geschichte des Menschewismus auch verewigt werden.

Die Angriffe auf Rußland und ihre Hintergründe

(Eig. Drahtm.) Moskau, 5. Oktober.

In einer Unterredung führte das Mitglied des Volkskommissariats des Aeußeren, Rothstein, folgendes aus:

„Der Kampf gegen die Sowjetmacht nimmt in letzter Zeit den Charakter konzentrischer Angriffe gegen bestimmte Teile unserer äußeren und inneren politischen Front an. Die zweite Hälfte des vorigen Sommers war charakterisiert durch eine breite Kampagne gegen unsere angebliche revolutionäre Tätigkeit auf dem Balkan, hauptsächlich in Bulgarien. Noch verhallte das Echo der ersten Kampagne nicht, als der menschewistische Putsch in Georgien der europäischen Presse neue Ursachen zur Verbreitung der phantastischsten Nachrichten über die Lage im Kaukasus gab. Nachdem die ausländische Presse diese Kampagne beendet hat, beginnt augenscheinlich eine neue, die ihren Ausgangspunkt in Rumänien nimmt. Es stellt sich nämlich heraus, daß das „arme" Rumänien plötzlich der Schauplatz eines Einfalls von Rotarmistenabteilungen geworden ist, die sich als Bauern verkleidet haben. Der rumänischen Regierung gelang es, „geheime Waffen- und Agitationsmaterallager" aufzufinden. Wir sehen erst am Anfang dieser Kampagne. Dies sind nicht nur einfache Lügen, sondern konzentrierte Angriffe, die ein bestimmtes Ziel verfolgen. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Kampagnen für manche Staaten einen Deckmantel abgeben, um hinter ihnen ihre Geschäfte abwickeln zu können. Die bulgarische Regierung nutzte die durch ihre ausländischen Beschützer unternommene Kampagne dazu aus, Verhaftungen durchzuführen und den Mächten die Notwendigkeit der Vergrößerung ihrer Landstreitkräfte zu beweisen."

Teilamnestie in Leningrad

OE. Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees des Sowjetbundes, Kalinin, der nach der Ueberschwemmung Petersburg besuchte, hat dort 150 zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurteilte Personen begnadigt.

Japan kündigt die bewaffnete Intervention in China an

(WTB.) London, 4. Oktober.

Reuter meldet aus Schanghai: In einer Erklärung, die der japanische Minister des Aeußern in Peking abgeben ließ, wird darauf hingewiesen, daß Japan in Erwägung der vitalen Interessen, die es in der Mandschurei habe, sich gezwungen sehen könnte, diese Interessen zu schützen, falls Tschangtsolin durch die Truppen der zentralen Regierung überwältigt werden sollte.

Rußland und die ostchinesische Bahn

Charbin, 5. Oktober.

Eine aus chinesischen und russischen Beamten zusammengesetzte Kommission hat am 3. Oktober die Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn übernommen.

*

Die chinesische Zentralregierung hat einen erneuten Protest an die Sowjetregierung in Moskau gerichtet, in dem sie scharf gegen das Abkommen zwischen der Sowjetregierung und Marschall Tschangtsolin über die ostchinesische Eisenbahn Verwahrung einlegt. Sie begründet ihren Protest mit der Feststellung, daß Marschall Tschangtsolin ein Rebell sei und über die chinesische Eisenbahn nicht befugt sei, irgendwelche Verhandlungen zu pflegen. Die Sowjetregierung und Marschall Tschangtsolin haben laut den Vereinbarungen über die ostchinesische Eisenbahn jederseits fünf Direktoren für den Verwaltungsrat der Eisenbahn ernannt.

Vor dem Verbot der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei?

Wir entnehmen der „Humanité" unserem französischen Bruderorgan, folgendes Telegramm aus Prag:

„Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hat auf Anordnung der Regierung eine groß angelegte Hetzkampagne gegen die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei begonnen, welche die öffentliche Meinung auf ein Verbot der Partei vorbereiten soll. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung die Partei unter dem Vorwand verbieten wird, „daß sie die Beschlüsse des 5. Kongresses der Kommunistischen Internationale angenommen hat". Die Zeitungen aller Koalitionsparteien beschäftigen sich mit den Thesen von Sinowjew und erklären, „daß der Staat die Kommunisten als den inneren Feind behandeln und alle Repressionsmaßnahmen gegen sie treffen würde für den Fall, daß der Kongreß der KPTsch., welcher Ende November stattfinden wird, die Thesen des 5. Kongresses annimmt."

Die Faszisten, deren Deckname „Tschechoslowakische Legionäre" ist, haben in einer am letzten Sonntag abgehaltenen Versammlung erklärt, gegen die Kommunisten mit allen Mitteln vorzugehen für den Fall, daß sie die Thesen von Moskau annehmen."

Vom belgischen Bergarbeiterstreik

Brüssel, 6. Oktober.

Die Bergarbeiterzentrale des Borinage hat gestern in Hornu eine allgemeine Versammlung abgehalten und Kenntnis von der Weigerung der Grubenbesitzer genommen, sich einem Schiedsspruch zur Beilegung des Streikes zu unterwerfen. Die Bergarbeiter haben darauf eine Tagesordnung angenommen, in der sie die Bergarbeiter in den anderen Kohlenbezirken Belgiens auffordern, ihre Kameraden im Borinage zu unterstützen.

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 6. Oktober.

Die Rhein-Ruhr-Konferenz, beschickt von etwa 500 Delegierten, meist Betriebsvertretern, hat eine Sympathie-Erklärung an die kämpfenden belgischen Bergarbeiter entsandt.

Galgenfrist für Macdonald

(Tll.) London, 4. Oktober.

In der innerpolitischen Lage ist insofern eine Entspannung eingetreten, als sich die liberale Partei damit begnügt, daß zur Erledigung des Falles der kommunistischen Wochenschrift ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt werden soll. Es hat den Anschein, als ob die Konservativen unter diesen Umständen für den Untersuchungsausschuß stimmen würden, die Möglichkeit für Neuwahlen ist damit auf weitere vier Wochen bis zur Debatte über den Russenvertrag hinausgeschoben.

Türkisch-britischer Zusammenstoß um Mossul!

London, 6. Oktober.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkischen Streitkräfte die englischen Luftfahrzeuge in der Umgebung von Amadin im Gebiete von Mossul angriffen. Ein Flugzeug mußte niedergehen, beide Offiziere wurden von den Türken gefangengenommen.

China zieht sich vom Völkerbund zurück

(WTB.) Genf, 4. Oktober.

Die chinesische Delegation hat der Presse eine Erklärung zugehen lassen, in der sie sagt, daß in Asien die Enttäuschung darüber groß ist, nicht im Rate vertreten zu sein. Diese Mißachtung der Rechte Asiens könnte dem Völkerbund schaden, und die Verantwortung werde sicher nicht den asiatischen Staaten zufallen, wenn dieser Erdteil oder sein größter Teil sich an dem Werk des Völkerbundes desinteressiert.

Es wäre zu begrüßen, wenn das mächtige erwachende chinesische Volk dem Räuberbund, der ihm nur Erniedrigungen zuteil werden läßt, den Rücken kehren würde.

Kleine Auslandsnachrichten

Castiglionis Sanierungsversuch mißglückt

Die Banca Commerciale die die Sanierung des Hauses Castiglioni mit einem Kapital von 125 Millionen Lire durchführen wollte, hat die Verhandlungen abgebrochen. Von den drei Vertretern der Bank sind bereits zwei aus Wien abgereist, während der noch gebliebene Rossi sich vollkommen passiv verhält und wahrscheinlich ebenfalls morgen abreisen wird. Das Haus Castiglioni selbst erklärt, daß es vorläufig keinen Ausweg aus der Situation sehe.

Wiener Sanierung

Tll. Wien. Alle Banken, mit Ausnahme der österreichischen Escomptebank, haben heute einer großen Anzahl ihrer Beamten gekündigt. An der Spitze steht der Wiener Bankverein, der über 400 Beamte und 150 Gehilfen gekündigt hat.

Blamierte Klassenjustiz

Im Massenprozeß gegen 123 Jugendgenossen in der Tschechoslowakei vor dem Olmützer Kriegsgericht mußten bisher alle Angeklagten freigesprochen werden. Die meisten haben eine lange Untersuchungshaft hinter sich.

Porzellanarbeiterstreik in Karlsbad

Der Streik im Karlsbader Porzellandistrikt hat sich auf eine große Anzahl weiterer Fabriken ausgedehnt, die insgesamt 8000 Arbeiter beschäftigen. Es wird befürchtet, daß sämtliche 50 Fabriken ihren Betrieb einstellen.

Das „pazifistische" Schweden

Tll. Stockholm, 3. Oktober. Die beiden Zeitungen „Folkets Dagblad" und „Storm Klockan" der Kommunistischen Jugend sind beschlagnahmt worden, weil sie einen antimilitaristischen Aufruf an die wehrpflichtige Mannschaft enthielten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0003

Merket Euch, verehrte Hausfrauen!

Als wirklich „frisch gekirnte" Margarine können nach der geographischen Lage für Euch einzig und allein nur in Betracht kommen die trustfreien Edelfabrikate

Held's Weltruf ★ Freia ★ Drei Kronen

aus der Leipziger Margarinefabrik Richard Held, Schkeuditz (Provinz Sachsen)
Generalvertreter **R. Otto Barthel, Halle a. d. S., Riemeyerstr. 9. Fernspr. 1315**

2939

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Ernst Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Ortsgruppe Halle

Achtung, Distriktsführer! Montag abend Material abholen.
Distrikt 5. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Produktiv". Erscheinen aller Pflicht.
Distrikte 5, 8, 9a und 18. Montag, abends ½8 Uhr, bei Schnabel („Lockts Hof"), Merseburger Straße: Funktionärsitzung. Referent anwesend.

Kreis Naumburg

Naumburg. Außerordentlich wichtige Funktionärsitzung am Montag, dem 6. Oktober, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn".

Kreis Liebenwerda

Grünewalde. Fraktionssitzung der Bergarbeiter am Montag, dem 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Schmidt.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Abteilung 1 und 2. Montag, abends 8 Uhr, in der „Kette"

Halle-Saalkreis

Bersenlasslingen. Mittwoch, 8. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Gremler: Mitgliederversl.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 8. Oktober, abds 8 Uhr, im „Tivoli": Mitgliederversammlung.

Kreis Zeitz

Teuchern. Mittwoch, 9. Oktober, abds. 7½ Uhr, im „Grünen Baum": Mitgliederversl.

Kreisvorstand RFB.

Freyberg Porter

das stärkste Kraftbier!

Ein Labsal für den Biertrinker, der ein starkes Bier bevorzugt! Ein vorzügliches Stärkungsmittel für Kranke und Genesende!

Erhältlich in allen besseren Gaststätten und einschlägigen Handlungen
295

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **den besten Erfolg**

Neu! Neu!

Geschäfts-Eröffnung „Rostbratwurstglöckle"

Dem geehrten Publikum von Halle und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich am **heutigen Tage**, in der

Leipziger Straße 53

im gewesenen Kaiser-Automat-Restaurant ein Geschäft eröffne mit

Brodthuhns warmen Knobländern
Bock- und Wiener Würstchen
sowie
ff. Thüringer Rostbratwürsten

Bis 1 Uhr nachts zu jeder Zeit warm zu haben. Bis 7 Uhr Zu gros-Verkauf

Um gütigen Zuspruch bitten 2938

Walter Zullkowski und Frau

Neu! Neu!

Spiel-Plan
Der Hallischen Ufa-Theater

Ufa-Theater
Leipziger Straße 88
Wettlauf mit dem Tode
Ein Film aus dem Reiche der Pharaonen in 6 Akten nach dem Roman „Der Untergang von Korsika" von Conan Doyle (Sherlock Holmes).

Fix und Fax als Sonntagsjäger
Groteske in 2 Akten

Im Schatten der Eiche
Naturaufnahme

Im Zeppelin über den Atlantik!
Der zweite Teil:
Die Probeflüge über Europa!

Beginn: 4 Uhr

Ufa-Theater
Walhalla-Lichtspiele!
Große Lustspiel-Woche!
Fattys Millionen
5 Akte mit Fatty Arbuckle

Fix und Fax
in ihren neuesten Grotesken

Der Stolz der Firma Fix und Fax G. m. b. H.

Modetorheiten

— Beginn: 4 Uhr —

Ufa-Theater
Alte Promenade 11a
Komödie des Herzens
der große Union-Film der Ufa
6 sehr interessante Tagebuchblätter.
In den Hauptrollen:
Lil Dagover, Ruth Weyher, Nigel Barrie

Im Bienenstaat
Kulturfilm in 2 Akten.

Felix, der Kater
Felix bei den Eskimos

Beginn: 4 Uhr

Stadt-Theater

Dienstag, 7½ Uhr: „Sommernachtstraum" in der Besetzung der Erstaufführung
Mittwoch, 7½ Uhr: „Le Traviata"
Violetta: Arnfluß
Alfred: Anderlen
Donnerstag: **„Faust"** mit Paul Wegener als Mephisto pheles

Druck sachen

aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch., eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Was jeder Arbeiter lesen muß

Trotzki über Lenin, Material für einen Biographen . . . broschiert 2,20 Mk
Lenin über Organisationsfragen broschiert 1,20 Mk.
Sinowjew, Die gegenwärtige Lage der Sowjetmacht und der Kommunismus . . broschiert 1,50 Mk.
Der erste Weltkongreß der Bauern broschiert 2,50 Mk.
Richard Bürgi, Als deutscher Bauer in Sowjet-Rußland, broschiert 0,40 Mk

Für Jung-Kommunisten:
Beschlüsse des vierten Kongresses der komm. Jugendinternationale broschiert 0,40 Mk.
Das politische Grundwissen des jung. Kommunisten, broschiert, 0,80 Mk.
Larissa Reißner, Die Front 1918-1919 Erzählung aus der russischen Revolution broschiert 1,20 Mk.

Felix Halle, Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen . . . . broschiert 1,00 Mk.

Dokumente der Klassenjustiz
Heft 1: **Justizbarbareien, moderne Inquisitionen in deutschen Kerkern** broschiert 0,40 Mk.

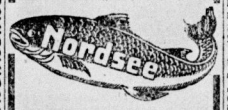
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.
Lerchenfeldstraße 14

Achtung! Achtung!
Klassengenossen von Canena!
Den werten Einwohnern und Klassengenossen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich **Rechtstraße 16** ein
Kolonialwarengeschäft
eröffnet habe. Es ist mein Bestreben, der werten Kundschaft mit nur bester Ware aufzuwarten. *715
Spezialität: Hausschlachtene Wurstwaren
Otto Lerm, Canena, Rechtstr. 16

Flugplatz-Kasino.
Die Brieftasche
welche gestern abend in der Toilette gefunden wurde, ist **sofort** abzugeben, widrigenfalls Anzeige erstattet wird.
Verschwiegenheit zugesichert. 2940
Halle, den 6 Oktober 1924
Max Weber.

Zeitungsträger
für **Goddula** per sofort gesucht.
Meldungen an **Max Rockel, Keuschberg** b. Dürrenberg erbeten.

Nur Dienstag Billiger Seefischtag!
in der



Nur frische Ware! Gr. Ulrichstr. 58

Goldbarsch ohne Kopf das Pfund nur **19** Pfg.
Schellfisch ohne Kopf Pfd. **40** Pf.
Bratschollen Pfd. **25** Pf.

Keine Hausfrau versäume diesen billigen Einkauf. Sie verschafft ihrer Familie eine hochwertige Speise. Nur Riesenumsätze ermöglichen uns, Fische zum Friedenspreise zu verkaufen. Wir erwarten deshalb großen Zuspruch. Auch bei größtem Andrang brauchen Sie nicht zu warten, wir sind auf Großbetrieb eingerichtet.
Geöffnet von ½8 bis 7 Uhr durchgehend

Achtung! Theißen Achtung!
Einer werten Einwohnerschaft von **Theißen u. Umgegend** zur gefl. Kenntnis, daß ich im Hause **Neue Straße 8** eine
Zigarren-Fabrikation
eröffnet habe. Mein eifrigstes Bestreben wird es sein, eine gute, aus nur überseeischen Tabaken hergestellte Ware zu soliden Preisen zu liefern. Ich bitte, mein junges Unternehmen nach Kräften zu unterstützen. Es zeichnet hochachtungsvoll
1009 **Albin Kriesch.**

Zeitungsträger
für **Röglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Ia. Seifen

in größter Auswahl noch zu alten, billigsten Preisen, nur für Wiederverkäufer bei

Paul H. Schulz
Seifengroßhandlung
Fabriklager: **Hackebornstraße 2**
2867 Marktnähe

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. 245 Tel. 131.

Gewerbliche Abteilung, a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Bauarbeiter, Schlosser, Elektriker, Schmiede, Tischler, Dieber, Brage, Hütten-Saltnen, Platz, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, Buchbinder, Medizinaldrogist, Chemiker **b) Offene Stellen:** 1 Lastrauwagenführer, 1 ed. jüng. Sattler und Polsterer, 1 ed. jüng. Herren-Friseurgehilfen. **Abteil. Landwirtschaft: a) Arbeitsuchende:** Flurhüter, Geschirrführer, Arb.-Burich, Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher **b) Offene Stellen:** Frauen u. Mädchen zur Kartoffelernte sofort, jedige Kuhfütterer. **Weibliche Abteilung: a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kindergärtnerin, Kontorpersonal, Lehrfräulein für Geschäft, Scholarinnen **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Hausmädchen für Güter, Hausmädchen für Hotel i. H., Stallmädchen, Wirtschaftsfräulein oder ältere, tüchtige Stütze für Privat.

Bekanntmachung
Personenstandsaufnahme am 10. Oktober 1924

Zum Zwecke der Einkommensteuer-Veranlagung für 1924 werden den Hausbesitzern oder deren Vertretern in den nächsten Tagen die **„Wohnungslisten"** zugestellt. Wir ersuchen, die einzelnen Listen den Wohnungsinhabern oder Haushaltungsvorständen sofort zu übergeben. Außerdem erhält jeder Hauseigentümer oder Stellvertreter ein Stück des Formulars **„Personenstandsaufnahme"**. Ferner erhält jeder Hausbesitzer, in dessen Grundstück ein Gewerbebetrieb, eine Arbeitsstätte, ein Bureau usw. sich befindet, für **jeden** dieser Betriebe eine **Betriebsliste** — auch Angehörige fremder Berufe, z. B. Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Schriftsteller usw. kommen in Betracht, **nicht** dagegen Dentisten, Rechtskonsulenten und Bücherrevisoren — ob der Inhaber des Betriebes in dem betreffenden Hause wohnt oder nicht, ist gleichgültig. In jeder Betriebsliste ist nur ein solcher Betrieb einzutragen.

Sämtliche Listen sind nach dem Stande vom **10. Oktober** d. J. genau auszufüllen und dem Hauseigentümer usw. sogleich zurückzugeben. Wir lassen durch Beamte und Angestellte die Listen vom Hauseigentümer oder dessen Vertreter vom **13. Oktober** an wieder abholen; die Abholung muß bis zum 20 Oktober beendet sein. Die Erfüllung der Verpflichtung zur Ausfüllung der Listen kann mit Geldstrafen erzwungen werden (§ 202 der Reichsabgabenordnung). Angaben allgemeiner Art, z. B **„Witwe, Invalide, Arbeiter"** usw. genügen nicht. **Witwen haben den Beruf des verstorbenen Mannes anzugeben,** z. B **Lehrerwitwe, Fabrikbesitzerwitwe, Bergarbeiterwitwe usf. Invaliden müssen schreiben „Kriegsinvalide oder Bergmvalide, Arbeiter dagegen:** Bergarbeiter, Fabrikarbeiter: Hüttenarbeiter, Bergschlosser, Maschinenschlosser usw." **Bei den Kindern ist in allen Fällen** der Beruf anzugeben und zwar bei Schulkindern: „Schüler, Schülerin" bei Schulentlassenen der Stand und das Arbeitsverhältnis oder die Angabe „ohne Beruf".

Da nach diesen Angaben die **Steuerkarten für 1925** ausgeschrieben werden, liegt es im Interesse jedes Einzelnen, die Ausfüllung der Wohnungsliste sehr genau zu machen.

Eisleben, den 4 Oktober 1924
246 **Der Magistrat.**

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzuhalten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Gedenkfeier der „Roten Hilfe" für die politischen Gefangenen der Arbeiterklasse

Die Gedenkfeier der „Roten Hilfe" für die politischen Gefangenen muß die gesamte hallische Arbeiterschaft auf dem Plan finden. Die Arbeiter müssen zeigen, daß sie noch derer gedenken, die teilweise schon seit mehr als fünf Jahren im Gefängnis sitzen. Das Programm, das das Ortskomitee der „Roten Hilfe" in Halle aufgestellt hat, ist sehr gut zusammengestellt. Es ist dazu angetan, den deutschen Arbeitern immer wieder die Not der Opfer der Revolution in die Seele zu hämmern und die deutsche Arbeiterklasse anzufeuern zum Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen des revolutionären Proletariats.

Programm

für die erste proletarische Gedenkfeier für die Revolutions-Opfer zugunsten der politischen Gefangenen.

Die Feier findet am 7. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt, unter gütigster Mitwirkung der Casseler Künstlerin Berend-Groa und des Volkspark-Orchesters.

Zur Aufführung gelangen:

1. Russischer Trauermarsch
2. Der Hund und der Sperling — Grimm
3. Rechenschaft vor neuem Aufbruch — Paul Terito
4. Rotgardistenmarsch
5. Der rote Platz — Johann Macza
6. Der Radioturm — Johann Macza
7. Die auferstandene Stadt — Johann Macza

Pause

8. Kampflied
9. Ansprache
10. Asyl für Obdachlose — Rosa Luxemburg
11. Die Siebentausend
12. Walpurgis — Weißkopf
13. Der Traumhändler — Hermynia Zur Mühlen
14. Rote Heerschau 1925 — Berta Laßk
15. Musik
16. Massengesang „Die Internationale"

Der Eintritt zu dieser Feier beträgt 50 Pf. Erwerbslose Mitglieder der „Roten Hilfe" haben freien Eintritt. Der Restaurationsbetrieb ist während der Feier eingestellt.

An dieser Veranstaltung muß die gesamte Arbeiterschaft teilnehmen. Karten sind zu haben: in allen Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins, in der Volksbuchhandlung Harz, Buchhandlung Lerchenfeldstraße 14, Genossen Kuschbauch, Große Klausstraße, und bei allen Vertrauensmännern der „Roten Hilfe". Arbeiter und Arbeiterinnen! Macht diese Veranstaltung zu einer gewaltigen Kundgebung für Eure in den Kerkern der freiesten Republik der Welt schmachtenden Brüder!

Das Ortskomitee Halle.

* **Sprechchor 7000.** Heute abend pünktlich um 7 Uhr Probe. Es haben zu erscheinen alle Mitglieder der KJ. und die verpflichteten Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde".

Opfer des Motorrad- und Autorennens

Die am 5. Oktober veranstaltete Zuverlässigkeitsfahrt des Motor-Sport-Klubs Halle mit Kraftwagen und Krafträdern verlief im Stadtgebiet Halle ohne Zwischenfälle und Störungen. Außerhalb des Stadtgebiets an der Schankwirtschaft „Erholungsheim" an der Heide ereignete sich ein schwerer Sturz des Motor-Radfahrers Sandau aus Wittenberg, wobei dieser einen Schädelbruch erlitt. Er wurde sofort der Klinik zugeführt, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb. Zwei weitere Unfälle ereigneten sich bei Salzmünde und bei Sangerhausen, die aber glimpflicher abliefen. Die beiden hierbei Verletzten wurden gleichfalls der Klinik zugeführt.

* Die für morgen angesetzte Veranstaltung der Betriebszellen der Produktiv-Genossenschaft, des Konsums und der Ortskrankenkasse fällt aus.

* Am 5. Oktober, nachmittags, hatte sich ein Arbeiter bei dem Versuch, seine an Lehmanns Felsen abgestürzte Ziege zu retten, derart verstiegen, daß er an der Felswand nicht mehr vorwärts noch rückwärts konnte. Durch Zuwerfen einer Wäscheleine konnte er sich solange festhalten, bis ihn die zur Hilfe herbeigerufene Feuerwehr mittels Rettungsleinen aus seiner gefährlichen Lage befreite. Auch die Ziege konnte von der Feuerwehr gerettet werden.

* **Kabelbrand.** Im Hause Königstraße 27 geriet gestern abend gegen ½11 Uhr durch Kurzschluß ein elektrisches Kabel in Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte mittels Handfeuerlöschapparat jede Gefahr und konnte bereits nach zehn Minuten wieder abrücken.

Die völkischen Hochstapler vom Wiking-Bund freigelassen

Bei Gott, Grützner und Runge ist kein Ding unmöglich. Die zehn völkischen Hochstapler vom hallischen Wiking-Bund sind aus der Haft entlassen. Sie hatten bekanntlich auf gefälschte Listen eingesteckt. Das „Volksblatt" hatte damals jubelnd die Heldentat Verbot des Stahlhelm-Mordtages triumphiert hatte, das gar kein Verbot war. Es schrieb:

„Der rührigen Tätigkeit der Polizei wird es gelingen, auch noch so manchen dieser Helden ans Tageslicht zu fördern."

Das ist der rührigen Tätigkeit von Herrn Runges Beauftragten nun gerade nicht gelungen; **dafür wurden die zehn Faszistenbengels selbst aus dem Gefängnis aus Tageslicht befördert.**

Fluchtverdacht liegt wohl nicht vor? Oder warum hat man sich sonst so wohlwollend diesen überführten Verbrechern gegenüber verhalten? Hat die Polizei ein besonderes Wohlgefallen an diesen trauten Knaben in der Hitler-Uniform gefunden? Oder wurde aus den erschwindelten Geldern eine große Kaution gestellt? Oder hat diese Kaution vielleicht Herr Thurm aus dem Profit, den er von den Arbeitern einheimst, gezahlt? Der Pferde-Thurm, den alle Arbeiter in Halle kennen?

Dieser Herr Thurm war es nämlich auch, der dem Sparing und seinem Anhang sein Auto für ihre „Transaktionen" geliefert hat.

Herr Thurm wurde im „Klassenkampf" bereits als der Reaktionär geschildert, der er ist. Wir berichteten unterm 17. Mai:

Herr Johannes Thurm, seines Zeichens Roßschlächter in der Herrenstraße, entließ am Montag früh seinen Chauffeur fristlos, weil er mit dem Auto verwundete Arbeiter von Völlberg nach Halle transportiert hat. Dazu gibt Herr Thurm sein Auto nicht her. Ja, wenn es sich um ein Pferd gehandelt hätte, aber so waren es nur Arbeiter. . . . Ueberhaupt hat es die Arbeiter recht eigentümlich berührt, daß die ganze erste Etage seines Hauses, die von seiner Mutter bewohnt wird, schwarzweißrot geschmückt war."

Aber das Gefängnisleben der Wiking-Jünger war auch so hart nicht. Wir ersparen uns die Darstellung, können aber soviel versichern, daß es einem revolutionären Arbeiter so noch nicht im Gefängnis ergangen ist. Ja, jetzt ist alles gut, sie sind ans Tageslicht befördert, um nur ja am 12. Oktober mit dabei sein zu können:

der Harry Sparing,
die Brüder Fritz und Paul Kurt, Söhne des Bäckermeisters Kurt aus Kröllwitz,
der ehemalige Reichswehrsoldat Müller, der noch vor einem Vierteljahr in Uniform herumlief,
Fritz Rennbaum, der bekannte Held, der für den Ausdruck „republikanische Schweine" nur mit sechs Wochen Gefängnis bestraft wurde,
Richard Renner, ein verheirateter Schneider,
Fritz Ramlow, dessen Vater Schupobeamter ist.

Sie alle können nun weiter ihre Heldentaten verrichten, können, wie es vorher gewesen, immer die ersten bei allen Stahlhelm- und Wehrwolf-Raufereien sein und bei allen Aktionen gegen die Kommunisten. Sie können auch ihrer trauten Liebe mit den Bourgeoistöchtern wieder pflegen. Sparing, der sich selbst rühmte,

Mädchen nach Leipzig gebracht und sie in einem Lokal abgegeben zu haben, wofür er jedesmal 15 000 Mark bekam,

kann seine Braut, die sechzehnjährige Polin Lotte Detek, trösten. Er kann seine **Ausbildung in Burg bei Magdeburg in Reichswehr-Uniform, wohin er vom Wehrwolf geschickt wurde,** versteht sich, beenden. Er kann auch, wie er das schon einmal getan hat, mit seinen Freunden die Produktiv-Genossenschaft beschießen. Oder, da er ja mit Zabel befreundet war und mit dem Herausgeber des „Wehrwolf", Studienrat Fritz Klopp, wieder **Gruppenführer beim Wehrwolf** werden, eine Funktion, die er ja bereits innegehabt hatte. Oder will er die Jagd nach Kommunisten wieder aufnehmen, wie damals, als er bei der völkischen Sonnenwendfeier auf dem Petersberg die beiden Kommunisten halbtot prügelte?

Nachdem wir alle diese Fähigkeiten des Anführers der faszistischen Räuberbande geschildert haben, wird es niemand in Erstaunen setzen,

daß Sparing immer im Besitz von Waffen, Revolvern und besonders viel Handgranaten gewesen ist,

und — daß bei Haussuchungen natürlich nie etwas gefunden wurde. Die Schupo war ja für das treffliche Konsortium keine Gefahr.

Richard Renner war sogar im Besitz einer Schupouniform und sie hatten den Oberwachtmeister Hanse von der Schupo nicht zum schlechtesten Bekannten.

Da war es kein Wunder, daß sich auch größere Geister für die Heldenjünglinge interessierten. Einmal waren es die beiden Bayern, die am 11. Mai zu der Legendenbildung benutzt worden waren, man habe sie umgebracht. Diese fanden in Sparing und seinen Leuten treffliches **Material für einen Geheimbund.** Als ein paar Tage nach dem 11. Mai in Delitzsch ein Kommunist von dem Hakenkreuzgesindel ermordet wurde, war Sparing mit seinem Anhang dabei gewesen.

Er hatte von Duesterberg ein Lastauto besorgt bekommen, um hinzufahren.

Natürlich betätigten sich die Sparinge auch antisemitisch. Als einmal im Neumarkt-Schützenhaus der Verein zur Abwehr des Antisemitismus einen Vortragsabend abhielt, wollten sie dabei sein; flogen aber zweimal die Treppe runter.

Stahlhelm und Wehrwolf haben lange Zeit von dem Treiben der Hochstapler gewußt. Sie wollten nichts an die Oeffentlichkeit kommen lassen. Und da wurden die Jünglinge, gerade bevor sie einen Ausflug nach Kopenhagen unternehmen wollten, verhaftet. Die schwarzweißrotgoldene Schupo des Sozialdemokraten Runge hatte wieder mal alles verpatzt. Zur Sühne ist dann wohl das Verbot für die Abhaltung des Mordfestes am 12. Oktober aufgehoben worden.

Die Sparinge sind wieder auf die Arbeiterschaft losgelassen. Sie werden durch verstärktes Vorgehen gegen die Kommunisten ihren Dank für die Freilassung bezeigen.

Was aber geschieht mit unseren Gefangenen? Diese werden auf das Grausamste behandelt, jede Handlung für ihre Gesinnung wird mit den schwersten Strafen geahndet. Politische Vergehen werden wie kriminelle bestraft. Ungezählte Jahre Zuchthaus wurden in der letzten Zeit über sie verhängt.

Bei den Faszistenjünglingen ist von einer Ueberzeugung nicht die Spur zu sehen. Wenn sie auch mit den Luckner und Duesterberg zusammensaßen, ihnen war es gleich, ob sie aus Patriotismus oder Mordlust auf Kommunisten schossen. Für sie gab es keine Gesinnung als die eine: die gemeinsten Verbrechen zu begehen, um sich Geld zu verschaffen.

Und dieses Gesindel wird aufgepäppelt von der demokratischen Republik und ihren Vertretern. Sie arbeiten sich ja in die Hände. Sie ergänzen sich, wenn's daran geht, die revolutionäre Bewegung des Proletariats niederzuknüppeln. Sie sind darum auch einander würdig.

Das Urteil über die faszistischen Raubgesellen — wenn es überhaupt zu einem Prozeß kommt — wird von den Gerichten der Demokratie nicht gesprochen werden. Das Urteil spricht die Arbeiterklasse. Und mit dem Urteil gegen diese Banditen fällt sie das Urteil über eine Demokratie, die in dieser „Republik" verankert ist. Das Urteil wird heißen: Hinweg mit ihr, hinweg mit der Bourgeoisie, deren Herrschaftsform in den Flittermantel Demokratie eingehüllt ist.

*

In Halle hat sich eine „Bürgerstimme" aufgetan. Sie besteht hauptsächlich aus Inseraten, hat aber sonst schwarzweißrote Umrahmung. Dieweil sie nämlich offizielles Organ der Deutschen Volkspartei heißt und die Sozialdemokratie in der preußischen Regierung mit dieser koaliert ist. „Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei" hieß es früher; aber nachdem die sozialdemokratischen Mohren ihren Anteil an dieser „Befreiung" der Bourgeoisie beigetragen haben, gibts auch Schwarzrotgold bei dieser Sippe der Ausbeuterrepublik nicht mehr. Sonst sieht in der „Bürgerstimme" nicht viel drin. An ihren Inseraten sollt Ihr sie erkennen.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend!

Wir fordern hiermit nochmals alle Ortsgruppen der KJ., welche noch keine „Junge Garde" beziehen und noch keine Bestellungen bei uns aufgegeben haben, auf, sofort ihre Bestellungen auf „Junge Garde", „Die Arbeit" und „Der junge Genosse" an die Adresse Otto Unger, Berlin C 2, Stralauerstraße 12, aufzugeben. Es darf keine Ortsgruppe geben, welche nicht unsere Zeitung bezieht! Jedes Mitglied muß sie lesen, an die jungen Arbeiter weitergeben und für die Zeitung agitieren! Keine Betriebszelle oder Ortsgruppe kann sich als Kommunistische Jugend betrachten, wenn sie nicht die „Junge Garde" liest und für sie eine rege Propaganda entfaltet. Darum gebe jede Zelle oder Ortsgruppe, die bisher noch keine Zeitungen bezogen haben, sofort ihre Bestellungen an die obenstehende Adresse auf.

Pazifistische Kunstausstellung in Berlin

K. N. Berlin steht in diesen Tagen unter dem Zeichen des Dollarpazifismus. Nicht nur politische Tagungen und Kundgebungen infizeniert diese klägliche, verlogene Bande, sondern auch Veranstaltungen zur ideologischen Propagierung ihrer Schwindelideen. Dazu dient die sog. internationale Geschichtstagung des Bundes der unentschiedenen Schulreformer (mit Kampffmeyer und M. Adler) sowie die Kunstausstellung „Tod und Leben" der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit".

Und wie die internationale Geschichtstagung die rassistierte Verlogenheit der pazifistischen Dusselköpfe in ihrer geschichtsphilosophischen, soziologischen und pädagogischen Einstellung zeigt, so diese Ausstellung auf dem Gebiete der Kunst. In die Eröffnungsfeier der pazifistischen Dämchen von der Tauentzien-Straße drängte sich natürlich auch ein „Vertreter des arbeitenden Volkes", Herr Graßmann vom ADGB., und versprach „praktische Solidarität" (er sprach dies mit gemeiner Offenheit, weil er unter dem Publikum keinen proletarischen Beobachter vermutete).

Die Ausstellung selbst offenbart kristallklar den unentschiedenen, papazifistischen Charakter der Veranstalter. L. Dettmann, der einen Ausstellungsraum allein ausfüllt, stellt Kriegsereignisse dar in dem Stil des bekannten kleinbürgerlichen Gemäldes „Der Todesritt von Mars-la-Tour", er malt „Offiziere im Quartier", „Die Infanterie", und bringt es in der Darstellungskraft (Stilleben-Technik) höchstens bis zu einem gewissen Angstgefühl vor Kanonen und Handgranaten.

„Selig sind die Friedfertigen", ist der Inhalt eines Bildes von Martha von Schwemler-Traube, und solche verschwommene, pathologische Mystik ist in der Ausstellung keine Seltenheit. Oder aber es herrscht dumpfe Verzweiflungsstimmung, wie sie Ernst Barlad und Oswald Herzog zum Ausdruck bringen. Einige sind da, die das Grauen der Damen von der Tauentzien- und Kant-Straße erregten, obwohl sie noch ziemlich milde im Ausdruck sind, ich meine: Dr. Jäckel, Dr. Krain und H. Tröschel (Mappe „Inferno"). Einen bejahrten, vom Schüttelfrost durchschauerten Gast mußte die Leiterin, Frau A. Hamburger-Ludwig, im Arm in dieses Schreckenskabinett hineinziehen, um ihm wenigstens etwas Geschmack für die Kuriositäten beizubringen.

Ein paar kleine Zeitungen von Franzosen sind noch da (P. Larivière, J. Clar, L. Moreau), die sehr gut sind und das Kriegsproblem in proletarischer Auffassung spiegeln. Es sind sogar ein einziges Grelz-Bild und ein paar Sachen von Dix darunter, zu denen man, schreckerfüllt schon von der mystischen Pathologie der Schwemler-Traube, gar nicht die Augen hinwendet. Man fürchtet sonst durch Anfälle von Erbrechen den Fußboden des Künstlerhauses zu beschmutzen.

. . . Trotz alledem: Es lebe die Dollar-Internationale!

Goethe

Der nachstehende Aufsatz über Goethe erschien in der Deutschen Brüsseler Zeitung im Jahre 1847. Wir sind mit Gustav Meier der Ansicht, daß der Aufsatz von Friedrich Engels verfaßt ist. Stil und Sprachrhythmus weisen darauf hin. Von einigen anderen Marx-Forschern, wie Ernst Drahn, wird der Aufsatz Karl Marx selbst zugeschrieben.

Goethe verhält sich in seinen Werken auf eine zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindselig; er sucht der ihm Widerwärtigen zu entfliehen, wie in der „Iphigenie" und überhaupt während der italienischen Reise, er rebelliert gegen sie als Götz, Prometheus und Faust, er schüttet als Mephistopheles seinen bitterlichen Spott über sie aus. Bald dagegen ist er ihr befreundet, „schickt" sich in sie, die in der Mehrzahl der zahmen Xenien und vielen prosaischen Schriften, feiert sie, wie in den Xenien und vielen prosaischen Schriften, feiert sie, wie in der Bewegung, zu verteidigt sie gegen die andrängende geschichtliche Bewegung, wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt. Es sind nicht nur einzelne Seiten des deutschen Lebens, die Goethe anerkennt, gegen andere, die ihm widerstreben. Es sind häufiger verschiedene Stimmungen, in denen er sich befindet; es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misere seiner Umgebung ankelt, und dem bedeutsamen Frankfurter Patriciersohn Kind resp. Weimarischen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich, bald trotziges, spottendes, weltverachtendes Genie, bald rücksichtsweller, geduldsamer, enger Philister. Auch Goethe war nicht imstande, die deutsche Misere über den Gegenteil, sie besiegt ihn, und dieser Sieg der Misere über den größten Dichter ist der beste Beweis dafür, daß sie — von innen heraus" gar nicht zu überwinden ist. Goethe war zu universell, zu aktiver Natur, zu fleischlich, um in einer Sphäre Flucht ins Kantische Ideal, Rettung vor der Misere zu suchen; er [illegible] auf die scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht [illegible] Vertauschung der platten mit der überschwenglichen Misere reduzierte. Sein Temperament, seine Kräfte, seine ganze geistige Richtung wiesen ihn aufs praktische Leben an, und das praktische Leben, das er vorfand, war miserabel. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existieren, die er verachten mußte, und doch an diese Sphäre als die einzige, in welcher er sich betätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, desto mehr zog sich der gewaltige Poet, de guerre lasse, hinter den unbedeutenden Weimarischen Minister zurück. Wir werfen Goethe nicht à la Börne und Menzel vor, daß er nicht liberal war, sondern daß er zu Zeiten auch Philister sein konnte; nicht daß er keines Enthusiasmus für deutsche Freiheit fähig war, sondern daß er einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Geschichtsbewegung sein stellenweise hervorbrechendes, richtigeres, ästhetisches Gefühl opferte; nicht daß er Hofmann wurde, sondern daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Augiasstall ausschwemmte, die winzigsten Angelegenheiten und menus plaisirs eines der winzigsten deutschen Höfleln mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Wir machen überhaupt weder vom moralischen noch vom Parteistandpunkt, sondern höchstens vom ästhetischen und historischen Standpunkte aus Vorwürfe; wir messen Goethe weder am moralischen, noch am politischen, noch am „menschlichen Maßstab". Wir können uns hier nicht darauf einlassen, Goethe im Zusammenhang mit seiner ganzen Zeit, mit seinen literarischen Vorgängern und Zeitgenossen, in seinem Entwicklungsgange und in seiner Lebensstellung darzustellen. Wir beschränken uns daher darauf, einfach das Faktum zu konstatieren.

Anatole France im Sterben

Paris, 5. Oktober.

Anatole France liegt auf seinem Landgut bei Tours im Sterben. Er ist seit Sonnabend nachmittag ohne Besinnung. Sein Ableben wird stündlich erwartet.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, „Die Fahrt nach Orplid", Dienstag erste Wiederholung von „Sommernachtstraum". Mittwoch in neuer Einstudierung „La Traviata" von G. Verdi. Musikalische Leitung: Fritz Wolfmann, Spielleitung: Aug. W. Roesler. Die Titelpartie singt Harriet Awisus. Donnerstag 7 Uhr einmaliges Gastspiel von Paul Wegener als „Mephistopheles" in Goethes „Faust". Freitag „Traviata". Sonnabend „Die neugierigen Frauen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Das Unternehmertum wirft kranke Arbeiter auf die Straße

Das kapitalistische Unternehmertum kann nur **gesunde** Arbeitskräfte gebrauchen, um sie gehörig ausbeuten zu können. Wehe den Proleten, wenn sie einmal **krank** werden sollten. Sie fliegen dann rücksichtslos auf die Straße. Das zeigt sich drastisch wieder an nachstehendem Beispiel der **Mansfeld A.-G.** Es wird uns darüber aus **Eisleben** berichtet:

Der Streckenarbeiter **Oskar Jäger** befindet sich seit 6. Juli in ärztlicher Behandlung wegen eines Leidens, das er sich als Bergmann zugezogen und das im Felde sich verschlimmert hat. Der Zustand Jägers ließ viel zu wünschen übrig. Am 12. September wurde Jäger auf seinen Antrag zwecks Unterbringung in eine Heilstätte untersucht. Seit 12. September wartet er auf Nachricht. Diese trifft ein, aber nicht vom Versorgungsamt Halle, sondern **von seinem Betriebsführer**, wie folgt:

An den Streckenarbeiter Herrn **Oskar Jäger**
Eisleben.

Hierdurch teile ich Ihnen im Auftrage der Eisenbahninspektion mit, daß Ihnen infolge Verminderung der Belegschaft die Arbeit im hiesigen Betriebe unter Einhalt der Kündigungsfrist **gekündigt** wird.

Ihre Entlassung aus dem hiesigen Arbeitsverhältnis erfolgt demnach am 8. Oktober 1924.

Es wird Ihnen anheimgegeben, Ihre **Pensionierung** zu erwirken.

Bahnmeisterei I, den 1. Oktober 1924.

Pinkelmann,
Betriebsführer der Bahnmeisterei I der Mansfeld A.-G.

Hier bewahrheitet sich das Sprichwort: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen! Der Mann ist lungenkrank, das Kapital hat all seine Kräfte ausgepreßt; mit der Ausbeutung ist es zu Ende. Was soll die Mansfeld A.-G. auch mit kranken Arbeitern! Diese können ziehen, wo sie bleiben; ob sie verrecken, ist den Kapitalisten gleichgültig. Arbeiter, solche Zustände dürfen nie und nimmer geduldet werden. Jeden von Euch kann morgen dasselbe passieren. Kämpft gegen das profitlüsterne kapitalistische Unternehmertum.

Merseburg-Querfurt

Dürrenberg. Und immer wieder der Herr Landrat! Genosse K., Gemeindevertreter und Mitglied der Keuschberger Wohnungskommission, berichtete uns wiederholt über traurige Wohnungszustände in Keuschberg. Die Wohnungskommission sowie die kommunistische Gemeindebehörde haben seit Jahren die größten Anstrengungen gemacht, dem Wohnungselend beizukommen, jedoch sind fast alle Versuche an dem Verhalten des **Landrats Guske** gescheitert. Wollte Herr Guske etwa verhindern, daß die kommunistisch geleitete Gemeinde Keuschberg Erfolge errang? Der Fall des Amtsvorstehers Bolze in Tepau bei Lützen hat eine Wendung genommen, die seinen Urhebern sicher wenig Ehre machen wird. Bolze wurde seines Amtes vor etwa zwei Jahren enthoben und ihm der Prozeß gemacht. In der Weißenfelser Gerichtsverhandlung beantragte der Staatsanwalt 5 Jahre Zuchthaus; das Urteil selbst lautete auf 6 Monate Gefängnis. In der Berufungsinstanz in Naumburg wurde Bolze freigesprochen! In der letzten Zeit stand der Dürrenberger Amtsvorsteher Genosse Schmöller fünfmal unter Anklage und jedesmal endete diese Justizaktion mit einem Freispruch. Inzwischen sind aber schon wieder drei Strafverfahren im Gange. Um dem Ganzen aber die Krone aufzusetzen, teilt Landrat Guske dem Genossen Schmöller mit, daß gegen ihn (Schmöller) der dringende Verdacht bestände, wegen Vergehen gegen § 240, 263 und 266 des Strafgesetzbuches, d. h. Schmöller soll auch noch der Prozeß gemacht werden wegen Betrugs (!) und „Untreue". Herr Guske, wir wünschen Ihnen endlich mal einen „Erfolg"! Heute soll ein Fall dokumentarisch erhärtet werden, welchen wir bereits kritisch beleuchtet haben. Wir berichteten kürzlich, daß der Kaufmann Schanz, welcher nur ein einziges Zimmer bewohnt, mit seiner Ehefrau — das Wochenbett teilen mußte! Am 5. Juli d. J. wandte sich der Kaufmann Schanz an den Kreisarzt mit der Bitte um Abhilfe, da die zuständigen Stellen sowie die Aufsichtsbehörden ihm abgewiesen hätten. Medizinalrat Dr. Kühnlein ordnete Wohnungsbesichtigung durch die in Keuschberg stationierte Kreisfürsorgeschwester an, welche folgenden Bericht einreichte:

Dürrenberg, 5. August 1924.

Der 34 Jahre alte Kaufmann Leopold Schanz, Keuschberg, Leipziger Straße 9b, bewohnt mit seiner Frau, einem 1½ Jahre alten Kinde und einem vier Monate alten Säugling ein Zimmer, welches gleichzeitig zum Wohnen, Schlafen und Kochen dienen muß. Der Raum ist feucht und mit Möbeln dicht besetzt. Maßangabe: Breite 4,40 Meter, Länge 4 Meter, Höhe 2,94 Meter, 17,60 Quadratmeter Bodenfläche, 51,74 Kubikmeter Rauminhalt, 1,98 Quadratmeter Lichtfläche. Beide Kinder sind nicht gesund. Das Kleinkind leidet an Rachitis, der Säugling ist sehr elend und seinem Alter entsprechend zurück.

Schwester H. Sernow.

Darauf forderte der Kreisarzt dringend eine größere Wohnung für Schanz. Diese größere Wohnung war auch durch einen Todesfall vorhanden, aber der Landrat Guske verfügte „im öffentlichen Interesse" die freigewordene Wohnung, bestehend aus fünf Wohnräumen und Küche, an den Landjäger R., einer vierköpfigen Familie. Um die sozialdemokratische Verwaltungskunst ins rechte Licht zu rücken, teilte der Vorsitzende des Kreisausschusses dem Schanz mit:

„Der Herr Kreismedizinalrat hat Ihre Eingabe vom 5 Juli 1924 mit einem entsprechenden Gutachten zur weiteren Veranlassung hierher abgegeben. Bevor ich in eine weitere Prüfung der Angelegenheit eintrete, ersuche ich Sie auf Grund der am 1. Januar 1924 in Kraft getretenen Verwaltungsgebührenordnung um Zahlung eines Gebührenvorschusses von 5 Mark. Dieser Betrag ist usw. Ist Zahlung binnen 10 Tagen nicht erfolgt, dann gilt der Antrag als zurückgenommen."

Ist dieses Geschreibsel nicht der reine Hohn auf Menschlichkeit und soziales Empfinden? Aber was fragt denn ein sozialdemokratischer Landrat danach. Wie lange noch laufen ehrliche Arbeiter und Kleinbürger solchen Leuten nach und hören sich in Versammlungen ihre schleimigen Reden an? Solche Demagogen hätten längst zum Teufel gejagt werden müssen!

Die Quäkerspeisungen in Mitteldeutschland

Der Kreisarzt Dr. Kühnlein-Merseburg hielt vor kurzem in einer Versammlung des Bundes der Kinderreichen in Merseburg einen **Vortrag** über die Quäkerspeisungen in Mitteldeutschland. Ein Genosse schreibt uns darüber:

Seit etlichen Monaten reisen **Kontrollkommissionen der amerikanischen Quäker** in Deutschland von Ort zu Ort, teils um sich über die deutschen Verhältnisse, speziell über den **Gesundheitszustand der Kinder**, zu unterrichten, teils um zu kontrollieren, ob die gesandten Lebensmittel auch richtig für die **unterernährten Kinder** verwandt und nicht etwa, wie dies während des Krieges vielfach geschah, **verschoben** werden oder an Zwischenhändern **kleben** bleiben.

Die **gesundheitlichen Verhältnisse** liegen nun, wie der **Kreisarzt** der Kommission nachwies, für den **Kreis Merseburg am ungünstigsten.** Von allen Ortschaften Mitteldeutschlands steht aber die Ortschaft **Wehlau** (unser Berichterstatter muß den Ortsnamen verhört haben, da uns ein solcher Ort bei Eisleben nicht bekannt ist. D. Red.) bei Eisleben an der Spitze, wo

80 Prozent der Kinder unterernährt

sind. Dieser Ort gehört aber auch in den Machtbereich der **Mansfelder Grubenherren**, die ja bekanntlich so „enorme Löhne" zahlen, daß sich die Kumpels nicht ernähren können.

Die Landratsämter zeigten der Kommission gegenüber das größte Entgegenkommen, **mit Ausnahme des Herrn Landrats für den Kreis Eisleben!** Wer ist eigentlich dieser Mann, und **weshalb wirft er diesen Leuten**, die unsere armen Kinder speisen, **Knüppel zwischen die Beine?**

Ihre Verwunderung sprachen die Amerikaner in der Stadt Merseburg darüber aus, daß die Kinder wöchentlich auch noch Geld für die Speisung zahlen müßten und daß diejenigen, welche diese Pfennige nicht aufbringen könnten, ausgeschlossen würden! Es ist geradezu **traurig**, daß gerade die **ärmsten der Armen, deren Vater vielleicht arbeitslos ist, und nicht imstande sind, die 20 oder 25 Pf. wöchentlich zu zahlen, von der Speisung kalterherzig ausgeschlossen werden! Schande über die Gemeindeverwaltung, die für ihre hungernden Kinder noch nicht einmal die paar Pfennige übrig hat, die die Not der Arbeitslosen ausbeutet und von diesen, gewissermaßen für ein Butterbrot, sich ihre Straßen bauen läßt!** Darüber wunderten sich die Amerikaner! **Ferner äußerten sie sich, daß in Deutschland so viel Wein und Bier gesoffen würde und man das dafür aufgewendete Geld lieber für die unterernährten Kinder verwenden sollte.**

Weiter wurde auch der **viel zu große Apparat bei der Quäkerspeisung**, der allerdings an jenem Tage merkwürdigerweise **nicht** voll in Tätigkeit trat, moniert. Freilich, das sind alles „Ehrenämter"! Die Herren schienen jedenfalls gut unterrichtet gewesen zu sein. Wahrscheinlich waren die Verhältnisse an andern Ortschaften die nämlichen wie in Merseburg.

Wie sich die Quäker nun vernehmen ließen, hätten sie aus ihren Beobachtungen die Konsequenz gezogen, Deutschland keine Unterstützung mehr zukommen zu lassen. Ebenso stellen die andern Länder, wie z. B. die **Schweiz**, jede **Hilfsaktion** ein. **„Die deutsche Regierung soll ihre Kinder mit dem Gelde, das für alkoholische Getränke verwendet wird, in Zukunft selbst ernähren.** Es ist ein Zeichen moralischen Tiefstandes, wenn so ein heruntergekommenes Land noch kein Alkoholverbot hat."

Mit dem neulich ein „Wochenblatt" einer christlichen Vereinigung, Zentrale Blankenburg i. Thür., Herausgeber Pastor Modersohn, in die Hände, in welchem sich der Herausgeber dem Auswärtigen Amte gegenüber als Verfasser eines Flugblattes bekennt, in welchem die deutschen Trinkerverhältnisse gegeißelt und durch Zahlen belegt wurden. Diese Blätter waren natürlich auch ins Ausland gekommen, was dem Auswärtigen Amte scheinbar **sehr unangenehm** war. Lassen wir aber mal den Herrn Pfarrer zu Worte kommen:

„Das Auswärtige Amt bestreitet offenbar nicht die Richtigkeit der Ausführungen jenes Flugblattes, sondern findet nur dessen **Verteilung** in Rücksicht auf außenpolitische Wirkungen **bedenklich.** Das Schreiben des Auswärtigen Amtes hat mich nicht davon überzeugen können, daß diese Befürchtung begründet ist. Die Tatsachen, die in dem Flugblatt in volkstümlicher und anschaulicher Weise behandelt werden, sind so offenkundige, daß jeder, er sei In- oder Ausländer, sie sehen muß, wenn er sie überhaupt sehen will. Und die Schlußfolgerungen, die gezogen werden, sind so naheliegend, besonders aber für die unser Volksleben beobachtenden Ausländer und vor allem für die Agenten und Berichterstatter der Mächte, die unser unglückliches Volk jetzt in der Gewalt haben, daß es mir unverständlich ist, wie jemand nur glauben kann, erst durch solch ein Flugblatt könnten sie dazu geführt werden, sich mit der Sache überhaupt zu beschäftigen. Ich kann nicht annehmen, daß das Auswärtige Amt darüber im Zweifel sein könnte, wie die Ausländer, die unser Volk und Volksleben kritisch beobachten, nicht sehen sollten, wie trotz unseres furchtbaren wirtschaftlichen Verfalls in allen Schichten unseres Volkes das alte, unheilvolle Erbübel der Deutschen, die Trinkerei, grassiert und zunimmt. Dazu spielt sich das Tun und Treiben doch viel zu offensichtlich ab in den Schlemmer- und Schieberdielen, bis hinab zum ordinären Bier- und Schnapsausschank. Die Ausländer sehen das Tun und Treiben und das Geldvergeuden in den Kneipen aller Art, in den „vornehmen" und gewöhnlichen Vergnügungsstätten, in den vornehmen Badeorten und bei den Lustbarkeiten der breiten Massen. Und sie ziehen ihre Schlüsse daraus, sowohl was die sittliche Qualität unseres Volkes, wie auch seine finanzielle Leistungsfähigkeit anbelangt. Das braucht ihnen unser Flugblatt nicht zu sagen. Wohl aber soll dieses an seinem Teil mit dazu beitragen, den Deutschen selbst die Augen für das Uebel und seine Folgen zu öffnen. Ob das ist sehr nötig, nicht nur bei der sogenannten breiten Masse, sondern auch bei denen, die in dieser furchtbaren Zeit für die Gesamtheit unseres Volkes wie für kleinere Kreise desselben die Verantwortung tragen."

Der Pastor hat natürlich **tauben Ohren** gepredigt. **Die Schnapsbarone und unser Brankapital, die die wichtigsten Nahrungsmittel dem Volke entziehen, werden auch in Zukunft ein Alkoholverbot zu verhindern wissen.** Denn auf ihre **Profite** werden diese Leute nie und nimmer verzichten. Auch ist der Alkohol der größte **Bundesgenosse des Kapitals.**

Nun, etwas hat Deutschland durch die Sauerei erreicht:

Das Ausland lehnt jede weitere Hilfsaktion ab!

Nur ein kommunistischer Staat kann Wandel schaffen, indem er mit diesem gewissenlosen kapitalistischen Gesindel aufräumen!

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Rote Frontkämpfer. Am Dienstag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung, wozu jedes Mitglied erscheinen muß.

Weißenfels. Volksbühne. Erste Operettenaufführung (Strauß, „Der Zigeunerbaron") am Dienstag für die zum 7. Oktober Eingezeichneten. Karten (1,20 M.) dazu heute 12¼ bis 3 Uhr in der Stadtbücherei. Gruppe B erhält diesen Freitag als nächste Aufführung: Scholz, „Der Wettlauf mit dem Schatten". Karten (0,80 M.) dazu tags zuvor.

Naumburg. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Roloff wurde unser Genosse Fiekert vom Naumburger Schöffengericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: In einer von der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Haarmann-Skandal behandelt wurde, erstattete Genosse Neubert Bericht von der Tätigkeit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. Er behandelte die Kriegsbeschädigten- und Sozialrentnerfrage, die Beamtenbesoldungsvorlage und die Bewilligung von 3000 Mk. zum Kirschfest. Er betonte, daß eingetroffen sei, was in der betr. Sitzung von unseren Rednern vorausgesagt war, daß dieses Fest kein Kinderfest, sondern ein großangelegter nationalistischer Rummel würde. Unter anderem sei ein Sipo zum Gastwirt Moritz gekommen und habe Polizeistunde geboten. Darauf habe Herr Moritz geantwortet: Gehen Sie da herüber und bieten Sie Schluß, dort geht es schon mehrere Tage länger! Gemeint war das Weinzelt des Stahlhelmers Rösenberger. Der betr. Sipo sei auch hingegangen und soll Feierabend geboten haben, es sei aber niemand gegangen. Der Sipo sei vor dem Zelt auf- und abgegangen. Dann sei ein anderer Sipo dazugekommen und habe gesagt, warum er nicht hier Schluß macht. Da habe der erstere erklärt: Was willst Du denn machen, der Dezerneni sitzt ja selbst drin! Später wäre ein Sipoleutnant gekommen und habe Schluß gemacht. Hierauf nahm Genosse Fieker das Wort und sagte, wenn das wahr sei, was sein Vorredner ausgeführt habe, dann würde man in der nächsten Stadtverordnetensitzung ein Wörtchen reden. Weiter behandelte er das unterschiedliche Ver-

Quo vadis . . . ?

11 **Ein Fragment von J. R. Becher**

Die beiden Männer trugen weite, ölige, blaue Kittel, sie waren wie lebendige Teile der Maschine, gewachsen für und aus der Maschine selbst, Leib waren sie von ihrem Leib, Sinn und Deutung all dieser tausend unhelbar funktionierenden Gelenke, stahlhäutige Gestalten: die Träger einer zukünftigen Heldenzeit . . .

Der, der heißt auch auf Stahl, der einmal mit denen anbindet; das fühlte man. Und das — das ist doch die Zukunft; trotz alledem.

Durch den Zuggang strichen jetzt wieder Gestalten, sie durchblinzelten wie abhächtslos jedes Wagenabteil. „Wenn man derer ansichtig wird, legt sich einem gleich von selbst der Zeigefinger auf den Mund; man begrüßt sie innerlich mit einem ehrfürchtigen „Pst". Sie trugen jetzt schon wieder schön ausgebürstete steife Hüte, praktische, weite Flauschmäntel, einen weichen Hemdumlegekragen mit moderner Strickkravatte, blank gewichste Halbschuhe.

Auf einer Station hielt der Zug kurz.
Es gab schon wieder Extrablätter.

„. . . Truppen einmarschiert . . . Kommunistische Haufen zerstreut . . . Truppen einmarschiert . . . Freude, Dankbarkeit der vom „Roten Terror" befreiten Bevölkerung . . . Zahlreiche Verhaftungen . . . Zur Vorgeschichte des Aufstandes: im ganzen Aufstandsgebiet kurz vor Ausbruch der Unruhen merkwürdig viele Russen aufgetaucht . . ."

Eine kleine Frage nur strich plötzlich über den Wanderer wie aus diesen Zeilen heraus, und leis wie ein Windhauch, über ihn hin:

Und ich!? Wo stehe ich!? Wer bin ich!?
Die Frage hämmerte.

Jene Ausführungen des kommunistischen Führers vom Rathausbalkon herab zu den auf dem Marktplatz versammelten Arbeitern und aufmarschierten Hundertschaften kurz vor dem Beginn der Kämpfe — hämmerten.

„Genossen! Ich beschwöre euch: kämpft, kämpft um die Macht! Aber ein verhängnisvoller Irrtum von euch wäre es, in dieser Phase des entscheidenden Machtkampfes zu glauben, es sei möglich, daß ein jeder seiner eigenen, seiner privaten Persönlichkeit lebe. Die private Persönlichkeit ist für einen revolutionären Kämpfer ein für allemal ausgetilgt. Wir kämpfen gegen die anarchische, nur die Menschheit in ihrer Gesamtheit und logischerweise darum auch in allen ihren einzelnen Teilen schädigende, bürgerliche Freiheit. Die nicht ist eine Freiheit für und mit den anderen, die nur eine Ellenbogen-Freiheit ist gegen die anderen . . . Genossen! Diese Stunde, in der sich zwei Weltkräfte messen, erfordert als erstes Gebot von euch: Disziplin! Disziplin, Genossen, Einordnung, unbedingten Gehorsam. Ich brauche euch nicht zu sagen, daß der proletarische Gehorsam ein anderer ist als der Kadavet-Gehorsam! . . . Spannt euch, ihr Leiber, bis ihr ein Leib seid, ein Gedanke, ein Wille! . . . Dann möge geschehen dein Wille, Revolution! . . . Seht eure roten Fahnen! Eure Hände sind rein! Kein Blutspritzer, von euch frivol vergossen, hat sie beschmutzt. Sie sind blutrot gefärbt aber von den Blutströmen von Millionen im Bürgerkrieg insam gemordeter Brüder . . . Und so, auf! und kämpft unter Verzicht auf eure persönliche Freiheit für die wahre Freiheit der kommenden Geschlechter! . . . Kameraden! Es lebe die wahre Freiheit!"

Dies alles hämmerte.

Und die Ereignisse selbst hämmerten.

„Ein Wandernder bin ich bisher gewesen; eines einzelnen Schritt . . . Ein wanderndes Streiflein war ich, ein Fleisch-pünktchen, zielloss hingeblasen vom Wind auf der Landstraße . . . Ich saß auch mitten im Grün des Somers auf einer Bank. Unberührt, wie von dem Wolkenflaum hoch oben am Himmel, so sah ich Menschenvölker, wie auf feurige Sturzwellen gebunden, abgrundwärts jagen, gepeitscht von dem finsteren Sturm mir unausdeutbarer Ereignisse. Eine Insel habe ich gesucht inmitten der Brandung und eine Insel habe ich gefunden, sie hieß „Einöde", „Herzensöde" . . . Hämmert, hämmert, hämmert, ihr Hämmer! Last mich Gestalt gewinnen! . . . Aber nun, wohlan, ist an der Zeit, daß ich mich vor der Menschheit bekenne! . . . Alle Worte, die ich spreche, fallen echolos in mich zurück. Rettungslos stürze ich in mir selbst zusammen, in mir, wie in einem grundlosen Grund . . ."

Und während der Zug, von der tausend Kilometer noch entfernten Hauptstadt wie magnetisch angezogen, die Finsternis durchbrauste, übersah der Wanderer im Geist, schräg herauf an den Horizonthängen anmarschierend, ein Ueberhunderttausend-Millionen-Volk. Auf und tief unter der Erde, in den Lüften, in den Gräbern, signalblies es, alarmtrommelte es. Ein Ueberhunderttausend-Millionen-Volk, eingereiht ihm nicht nur die uniübersehbaren Menschenmassen der auf den Schlachtfeldern aller Zeiten im Namen aller möglichen heidlichen Phrasen viehisch Abgemetzelten, sondern auch, zu Kolonnen geordnet, gegliedert in Ueberhunderttausendreihen, alle die: lebenslänglich wider ihren Willen eingepfercht in die kapitalistischen Schandkästne moderner Betriebe; alle die: aus einer über alle Maßen quälenden Lebensnot heraus zu einem langsamen gespenstischen Lebenstod von Kindsbeinen auf Verdammten; ein Ueberhunderttausend-Millionen-Volk, darin schritten nicht nur Arm in Arm die Kriegskrüppel, die Sozialrentner, die Witwen und Waisen, auch die Kinder vieler wohlangesehener Bürger und manch eines Reichen schritten darin, ein Kinderkreuzzug, in sich fassend Myriaden jener hilflosen Geschöpfe, mit Prügeln und mit launischer Verstoßtheit tückisch zu Menschenverächtern erzogen von früh auf. Geschlechter von Frauen schritten mit, zu Tode mißhandelt von ihren brutalen Männern, die selbst aber schritten auch, stolpernde und torkelnde Geschwader von Spielern, Giftschluckern und Säufern; dieser Gesellschaftsordnung verzweifelte Ankläger. Kindesmörderinnen marschierten, Mütter, von der erbarmungslosen Gesellschaft zu den mit Zuchthaus bestraften Abtreibungen gezwungen, Strafgefangene, Besserungsanstalten, Fürsorgezöglinge, Mörderkolonien; Verbrecher, durch die widersinnigsten Gesetze und verderblichsten Strafmethoden zwangshaft von Verbrechen zu Verbrechen gejagt. Junge idealistisch gesinnte Lehrer schritten darin, durch eine veraltete, barbarische Schulordnung angehalten, allerlei Aberglauben zu lehren, wider besseres Wissen. Körperlich Kranke, geistig Kranke, Gemütsleidende, seelisch Verkümmerte; ein Schwarm von Verfolgungswahnsinnigen, nicht durch ärztliche Kunst geheilt, sondern nur durch die jetzt ungehemmt sich wieder auswirkende Menschenliebe . . . Eine Gruppe von Aerzten, die trugen eine Tafel, darauf stand: „Die Grundkrankheit der heutigen Menschheit, die häufigste Ursache aller anderen Krankheiten: das ist die geschichtlich gewordene Tatsache der menschlichen Gesellschaft selbst. Man muß die Menschheit zuerst von der heute herrschenden Form der menschlichen Gesellschaft heilen!" . . . Diese Inschrift flammte jetzt breit auf und verschlang hoch in der Luft sich zu einer mit feurigen Buchstaben beschriebenen schwebenden Riesenschleife . . . Regimenter von Deserteuren, von meuternden Soldaten, eine revolutionäre Märsche schmetternde Kapelle an der Spitze, stampften empörerisch an; millionenfüßig, ein eisern-gelenkiger Körper, verhängt mit brennendem Rauch und mit Schwaden getupft aus knisterndem Ruß: Arbeiterbataillone, aus allen Menschenvölkern gebildet. Eine Truppe von Atheisten marschierte, die schrien immer ruckhaft: „Nieder mit Gott! Nieder mit Gott! Nieder mit Gott!" . . . Ein Ueberhunderttausend-Millionen-Volk: auch die vom gemarterten Menschen wieder gemarterten Tiere schritten darin. Es war nur eine schweigend sich dahinziehende Versammlung von im Todeskrampf milchweis gefärbter Augen, in ihrem Schweigen aber noch lauter weheklagend als alle die jetzt dicht hinter ihnen heranklappenden Skelettarmeen der Selbstmörder.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0006

halten des Dezernenten bei proletarischen und nationalistischen Veranstaltungen, wie er es schon in einer Stadtverordnetensitzung gegeißelt hatte. Zur Verhandlung waren fünf Belastungszeugen, zwei Kriminale und drei Sipos, vom Genossen Fieker sechs Entsprechende Angaben. Ein Teil bekundet, Genosse Fieker habe zuerst sich nicht mehr genau besinnen, wie es gewesen sei. Die Entlastungszeugen schilderten den Versammlungsvorgang, wie er sich zugetragen hatte, bis auf einen, welcher, jedenfalls aus Irrtum, eine abweichende Aussage machte. Genosse Neubert wurde wegen Verdacht der Beteiligung nicht vereidigt. Das Urteil lautete wie oben angegeben, mit der Begründung, daß der Wahrheitsbeweis nicht erbracht und die ruhige, sachliche Aussage des einen Sipo glaubwürdig sei. Genosse Fieker hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Mansfeld-Sangerhausen

Berichtigung

Uns geht folgendes Schreiben der Mansfeld A.-G. zu:

In dem Artikel „Das Hungerelend der Mansfelder Bergarbeiter", der in Nummer 160 dieser Zeitung erschienen ist, heißt es unter anderem:

„Die Mansfeld A.-G. fragt nichts nach der Not der Arbeiter. Mögen sie krepieren! In der letzten Generalversammlung der Mansfeld A.-G. verlangte die Hauptaktionärin, die millionenreiche Witwe Herzfeld, von dem Generaldirektor Schleifenbaum, die Löhne der Mansfelder Bergarbeiter noch mehr herabzusetzen. Als der Generaldirektor darauf hinwies, daß eine neue Lohnherabsetzung zu einem Streik von unabsehbaren Folgen führen würde, denn die Arbeiterschaft sei durch die letzten Entlassungen ohnehin erregt und die Arbeitenden ständen mit den Entlassenen in Verbindung, da meinte dieses Weib, dann müsse Schleifenbaum eben die Konsequenzen ziehen."

Wir bemerken zu vorstehender Aeußerung:

Es ist unwahr, daß Frau Hugo J. Herzfeld Wwe. ein derartiges Ersuchen an den Generaldirektor Schleifenbaum gerichtet hat. Wahr ist vielmehr, daß Frau Hugo J. Herzfeld Wwe. an der Generalversammlung der Mansfeld A.-G. überhaupt nicht teilgenommen und daher selbstverständlich auch kein derartiges Verlangen gestellt hat. Eine solche Forderung ist auch weder vor, noch nach der Generalversammlung, weder schriftlich noch mündlich von Frau Hugo J. Herzfeld Wwe. an einen der Herren der Generaldirektion der Mansfeld A.-G. gestellt worden. Damit entfallen auch alle an diese unwahren Behauptungen geknüpften Folgerungen." —

Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück. Red.

Eisleben. Ein Altersheim für Kröpfe! In der letzten gutbesuchten Monatsversammlung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen erstattete der Vorsitzende Bericht von der Kreiskonferenz in Siersleben. Die Diskussion zeigte, daß man mit den in Siersleben getroffenen Maßnahmen wegen der Rente einverstanden war. Unter Verschiedenem wurde eine Anfrage wegen Beziehung des neuerbauten Altersheims dahin beantwortet: In das Altersheim werden Invaliden und Witwen aufgenommen, die für ihre Verhältnisse eine zu große Wohnung bewohnen; es sind 30 M. pro Monat (!) an das Altersheim zu zahlen. Die Beziehung wird wahrscheinlich am 1. Juli 1925 erfolgen können. Kamerad Wessel fand die Pensionszahlung von 30 M. pro Monat viel zu hoch, weil eine ganze Anzahl Rentenempfänger pro Monat gar keine 30 M. Rente erhalten. Weiter wurden einige Unfallangelegenheiten geregelt. Kamerad Wessel beantragt, in der nächsten Mitgliederversammlung den Bericht vom Verbandstag durch den Delegierten Reinh. Schoenlank erstatten zu lassen.; desgleichen soll dieser einen Bericht über soziale Fürsorge geben. Der Antrag fand die Zustimmung aller Anwesenden. Der Vorsitzende gab weiter ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Lademann bekannt. Danach schloß er die Versammlung.

Burgörner. Wegen Betrugs verurteilt. Die Fleischersfrau Sommer in Burgörner wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie, um die Kunden zu betrügen, unter die Wachsdecke der Wagschale ein Gewicht versteckt hatte.

Creisfeld. Denkmalsrummel. Der Kriegerverein sowie fast alle bürgerlichen Sportvereine feierten am Sonntag, dem 28. September, die Einweihung des Kriegerdenkmals. Das Fest näher zu schildern, ist nicht nötig, diese nationalistischen Rummel sind immer gleich. Die hiesige arbeitende Bevölkerung hat sich eigentlich wenig darum gekümmert; es hatte sich mancher mehr versprochen. In unserer Ortschaft gibt es eben keine Domänen- oder Ritterguisbesitzer, die den Veranstaltern etwas unter die Arme greifen konnten. Stahlhelm und Freiwillige aus den umliegenden Ortschaften spielten die Hauptrolle. Und dann das Programm! Man denke sich: Denkmalseinweihung, Ehrung der im Weltkriege gefallenen Kameraden, also eine Trauerfeier, nachdem Parademarsch vor Lorets Lokal, nachdem Konzert und Ball auf beiden Sälen, das letztere jedenfalls, damit es den Hinterbliebenen etwas „anders zu Mute" wird und um zugleich die fehlenden Gelder für das Denkmal noch herauszuschinden. Die Gemeindevertretung konnte aber auch etwas mehr bewilligt haben! Bemerkenswert ist hierzu, daß in einer der letzten Gemeindevertretersitzung der frühere Ulepeter mit der Rechten gegen die Stimmen der Linken eine Summe zum Denkmal beschließt ablehnen. Was auch der Gemeindeschöffe Lehrer Kellner in einer Wählerversammlung damals sagte, so muß festgestellt werden, daß jetzt anscheinend abgewirtschaftet ist, denn die Arbeitslosen müssen für geleistete Arbeit in der Gemeinde wochenlang warten, bis die Steuerquellen der Gemeindekasse etwas zuführen. Der Kriegerverein hat das Geld weg! Nun, Arbeitslose, geht zum Ortsvorsteher und holt sucht, ob der Steuereinnehmer für Euch noch etwas übrig hat, ehe der Kriegerverein nochmal kommt. Die Einwohner müssen sich überhaupt einmal mit dieser Sache befassen. Es werden aus der Gemeindekasse Gelder zu derartigen Zwecken verwendet und für andere dringendere Zwecke ist kein Geld da. Was sagen die Steuerzahler dazu?

Bitterfeld-Delitzsch

Düben. Der Moorbad-Brand. Die Entstehungsursache des Moorbad-Brandes hat sich durch das Geständnis des 15jährigen Hubert Engelmanns aufgeklärt. Beim Suchen einer Schachtel auf dem Boden hatte der Knabe eine Wachskerze angezündet und kam mit dieser dem auf dem Boden lagernden Heu zu nahe, so daß dieses sofort in Brand geriet. Anstatt sofort Hilfe zu holen, lief der Knabe aus Furcht vor Strafe kopflos davon. Durch dieses Geständnis werden alle Gerüchte über böswillige Brandstiftung zunichte.

Delitzsch. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Die ASK. Delitzsch begann am 1. Oktober ihren diesjährigen Winterkursus. Es ist unbedingte Pflicht der Arbeiterschaft, bei Unglücksfällen, welche so häufig in den Betrieben oder anderswo vorkommen, sich die nötigen Kenntnisse zu erwerben. Leider weiß die Arbeiterschaft nicht den Wert der Arbeitersamariterbewegung genug zu schätzen. Wir ersuchen alle, die Interesse an dieser Bewegung haben und die gewillt sind, den Kursus mitzumachen, sich zu unseren Uebungsstunden (Dienstags 8 bis 10 Uhr in der städtischen Badeanstalt) einzufinden und bei unserem Vorsitzenden, dem Bademeister Max Bruder, Rathenau-Promenade, anzumelden. Am Dienstag, dem 7. Oktober, findet unsere Monatsversammlung statt.

Torgau-Liebenwerda

Torgau. In Freiheit! In der bürgerlichen Presse lesen wir: Eine Anzahl Strafgefangener aus dem Zuchthaus Luckau wurden mit Arbeiten auf dem Felde beschäftigt. Die Gelegenheit aber nehmen manche Gefangenen wahr, um zu entweichen. So machten sich vor einigen Tagen wieder mehrere aus dem Staube. Zwei vor längerer Zeit Entlohene schickten mit der Post ihre Anstaltskleidung zurück: „Einen schönen Gruß, und wir sind glücklich in Berlin angekommen und fühlen uns hier sehr wohl."

Arbeiter-Sport

Elender Verrat!

Hinter den vor der RSI. ängstlich verschlossenen Türen der Luzerner Konferenz in Wien ist der elendste Verrat geboren worden, den je eine Führerclique an der Einheitsfront des Proletariats begangen hat. Dieser Verrat wird seitens des Sekretariats der Luzerner wie folgt mitgeteilt:

Fléron, 20. September 1924.

An den Genossen Fritz Reußner

Rote Sportinternationale

Moskau.

Werter Genosse!

In Ausführung unseres Versprechens beehren wir uns, Ihnen die von unserem internationalen Bureau auf einer Sitzung in Wien am 14. Sept. d. J. getroffenen Entscheidung mitzuteilen.

Teilnahme an der Frankfurter Olympiade.

„Die Frankfurter Arbeiter-Olympiade ist eine Demonstration der Luzerner Internationale.

Infolgedessen werden nur die in dieser Internationale angeschlossenen Organisationen daran teilnehmen können.

Es steht jedem Lande frei, sich der Internationale anzuschließen, falls es ihre Grundsätze anerkennt und sich verpflichtet, sie zu befolgen."

Dieser Beschluß wurde einstimmig von den anwesenden Mitgliedern gefaßt. Anwesend waren insgesamt für das internationale Bureau: Wildung und Gellert (Deutschland), Guillevic (Frankreich), Sitaba (Tschechoslowakei), Bridoux Devlieger (Belgien).

Mit proletarischem Gruß

Für das internationale Bureau:

ges.: Jules Devlieger.

Deutlicher konnte nicht dargetan werden, daß die Luzerner Bureaukraten nie daran gedacht haben, die Einheitsfront im Arbeitersport gegen die Bourgeois zu verwirklichen. Einstimmig haben sie das bekannt!

Durch diesen Beschluß ist auch Rußland automatisch von der Olympiade in Frankfurt a. M. 1925 ausgeschlossen worden.

Eine Hochschule für den Arbeitersport!

Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund will neben seinem in Leipzig gelegenen Bundeshaus (das neben einem Geschäftshaus mit eigener Druckerei noch vier Wohnhäuser mit 48 Wohnungen umfaßt) eine **Zentral-Bildungsanstalt für Arbeitersport** errichten. Die Notwendigkeit des Baues ergibt sich aus dem durch das Wachstum des Bundes bedingten Vorhandensein von guten und geschulten Funktionären.

Die bisherige zentrale Ausbildung geschah in der vor 12 Jahren errichteten Bundesturnhalle unter Mitbenutzung von städtischen Schulräumen, bei denen aber die Abhaltung der Kurse stark beeinflußt wurde durch die zeitliche und räumliche Begrenzung der Uebungsstunden.

Die zahlenmäßige Entwicklung, wie aber auch die Vielgestaltigkeit der Sparten im Arbeiter-Turn- und -Sportbunde verlangt, daß dieser allen an ihn gestellten Bedürfnissen gerecht wird. Die Ausbildung von genügend geschulten Turn- und Sportwarten, Vorturnern, Fußballspiel- und Turnspielleitern, Schiedsrichtern, Berichterstattern, Schwimm- und Ruderwarten, von gut ausgebildeten Vereinsfunktionären und Jugendleitern ist von jeher das Ziel des Bundes gewesen. Ohne die bis jetzt geschehenen Arbeiten wäre es undenkbar gewesen, im Jahre 1922 das Bundesfest, eine Glanzleistung organisatorischer und technischer Arbeit, in solch mustergültiger Weise durchführen zu können.

Wenn dennoch das Streben im Arbeiter-Turn- und -Sportbund nach Heranbildung weiterer Funktionäre ein solch starkes ist, so mag dies als der beste Beweis angesehen werden, daß man in dieser Organisation gewillt ist, sich mehr und mehr von den Ueberlieferungen der bürgerlichen Gesellschaft frei zu machen und eine eigene wirklich proletarische Kultur zu pflegen.

Diesem Zwecke soll die neuzuerrichtende Bundesschule dienen, die neben den Arbeitsräumen der dazu bestellten technischen Beamten mit Hörsälen, Lehrzimmern, ärztlichen Untersuchungs- und Beratungsstellen, eine Doppelturnhalle von je 14 × 21 Meter Ausmaß und ein Schwimmbecken von 12 × 8 Meter enthalten soll. Für die dann laufend abgehaltenen Kurse soll für deren Teilnehmer die bestmöglichste Unterkunft geschaffen werden. Für männliche und weibliche Kursisten sollen Schlafräume, gemeinsame Speise-, Aufenthalts- und Leseräume geschaffen werden. Ein eigenes photographisches Atelier soll der bildlichen Darstellung der Leibesübungen gute Dienste leisten.

Die Schule, von einem bis zu 24 Meter Höhe sich erhebenden Turm gekrönt, stellt einen Gesamtbauwert von 650 000 Mark dar. Die Aufbringung dieser Gelder soll laut Beschluß des Bundestages zu Kassel geschehen durch einen von jedem Mitglied zu zahlenden Extrabeitrag von einer Mark. Die Extramarken, die die Fassade bzw. perspektivische Ansicht der neuzuerrichtenden Schule zeigen, sind vom Bundesvorstand bereits in Umlauf gebracht und werden in den nächsten Tagen durch die Vereins- bzw. Abteilungskassierer den Vereinsmitgliedern zugestellt.

Die Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung ist ein Glied in der Kette der modernen Arbeiterbewegung. Sie will in dem Befreiungskampfe dem Proletariat behilflich sein, deshalb verständlich, daß die Arbeiterschaft allerorts der Arbeitersportbewegung ein so lebhaftes Interesse entgegenbringt. Dieses Interesse aber soll sich nicht nur gelegentlich einmal zeigen, wenn Turner und Sportler aufmarschieren, um ihre Darbietungen zu zeigen, sondern gerade jetzt ist der beste Augenblick gekommen, die Solidarität durch die Tat zu beweisen. Die Arbeiterschaft wird, wenn die Angehörigen der Arbeiter-Turn- und -Sportvereine zum Umsatz der Extramarken an sie herantreten, gewiß diese nicht abschlagen, sondern durch ihren Teil mit dazu beitragen, daß der große Plan der Arbeitersportler durchgeführt wird und die Bundesschule in Leipzig erbaut werden kann.

Achtung, Sportorganisationen!

Die Rote Sportinternationale, Sektion Deutschland, hat eine Zeitung, **„Proletarier-Sport"**, herausgegeben. Wir empfehlen sämtlichen Sportorganisationen, den „Proletarier-Sport" zu abonnieren. Den Vertrieb für den Bezirk Halle a. S. hat der Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde" übernommen. Wir ersuchen alle Sportgenossen, die auf dem Boden der RSI. stehen, ihre Bestellung schnellstens beim Genossen Willy Rademacher, Halle a. S., Gr. Berlin 13, einzusenden.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Ortsgruppe Halle.

Fichte, Halle. Am Mittwoch, dem 8. Oktober, abends 9½ Uhr, Ueber der Hammerschmiede, Sportler und die Laufübungen betreffend Werbeabend Dienstag. Bestimmtes Erscheinen ist Pflicht.

Sportverein Kröllwitz. Am Sonntag standen sich beide Spitzenvereine der 3. Gruppe Sportklub Halle 1. und Sportverein Kröllwitz 1. im Serienspiel gegenüber. Nach stetem, fairem Spiel mußte Sportklub die Ueberlegenheit des Sportvereins anerkennen und sich mit 3:1 geschlagen bekennen. Die 2. Mannschaft des Sportvereins schlug Reideburg 2. mit 9:0.

Konsul Ehrhardt

Im deutschnationalen „Tag" läßt Ehrhardt seine Memoiren veröffentlichen. Sie werden für die Sozialdemokraten sehr unangenehm sein. Denn es hat wohl noch niemand so klar die kläglich erbärmliche und verräterische Rolle der Sozialdemokratie, die sie in jenen Tagen spielte, aufgedeckt, wie das Ehrhardt tut.

Er begann bereits Ende 1918 mit einem Stoßtrupp von 300 jungen Offizieren, die in Wilhelmshaven heimlich nachts auf einer Wiese zusammentamen. Mit diesen wenigen Leuten setzte sich Ehrhardt in Wilhelmshaven durch. Sozialistische Unteroffiziere riefen ihn zu Hilfe. Die Arbeiter verstanden es damals noch nicht, diese Handvoll Offiziersjünglinge auseinanderzutreiben.

Aus ihnen entstand die Ehrhardt-Brigade. Etwa 300 Unteroffiziere traten mit ein. Bald waren es 1000 Mann. Sofort veranstaltete Ehrhardt in Wilhelmshaven eine Demonstration mit schwarzweißroten Fahnen. Das war Anfang 1919. Die Arbeiter verstanden die Zeichen noch nicht. Sie bemerkten nicht den sozialdemokratischen Verrat.

Ueber die Leute, die er gebrauchen konnte, läßt sich Ehrhardt selber aus: Wir mußten, auch die guten Leute, die sich melden, müssen den Teufel im Leibe haben. Es waren das Soldaten, die durch das lange Kriegsleben zu Landsknechten geworden waren, d. h. Männer, denen ein Arm- oder Genickbruch wurscht war... „Wir brauchten die Noske-Jungen", sagt er über die jungen Leute. Und ob er sie gebraucht hat. Noske wird ihm das bestätigen können.

Was taten die Offiziere? Ehrhardt behauptet, sie wußten, sie sollten mißbraucht werden, republikanisch-sozialistische Truppen sollten mißbraucht werden, republikanisch-sozialistische Truppen zu schaffen. Aber das taten sie nicht; denn sie wußten auch, daß man Offiziere nicht backen kann wie Pfannkuchen. Manchmal kam die Disziplin der Truppe ins Wanken. Auch da arbeitete Ehrhardt mit festem Zugriff. Er ließ die Leute gefangensetzen, abschieben oder rausschmeißen. Immer sorgt er dafür, daß die Truppe in fester Disziplin zusammengehalten wird, daß sie Ausbildung im Feld- und Kleintrieg erhält.

Wir Proletarier können schon manches lernen von ihm, besonders, was man mit einer kleinen geschlossenen Truppe erreichen kann, und, daß sich aus ihr eine ganze Brigade organisieren läßt. Die Auffassung vom schonungslosen Zugriff, wie sie Ehrhardt in den Memoiren so gut vordemonstriert, ist auch für uns wertvoll. Daß man Offiziere nicht wie Pfannkuchen backen kann, werden wir uns ebenfalls zu Gemüte führen müssen.

Ehrhardt trieb sein Handwerk unter dem Regiment von Sozialdemokraten. Noske ist sein Reichswehrminister. Seine Truppe läßt er folgenden Eid schwören: „Bei uns bedeutet Sozialismus Arbeit und Ordnung! Darum haben wir keine Soldatenräte. Politisieren in der Truppe gibt es nicht, da wir Kameradschaftlichkeit zu pflegen haben und uns nicht um Schmäher scheren wollen." Wenn der Reichswehrsoldat von heute als Bürger zweiter Klasse gewertet wird, der hübsch die Schnauze zu halten und sich um nichts zu kümmern hat, dann soll er an Ehrhardt und dessen Reichswehrminister denken. Die Politik ist für den Offizier da.

Noske will der Ehrhardt-Brigade den Dank und die Anerkennung der Regierung für die Blutarbeit in München aussprechen. Man möchte ihn gar nicht sehen. Für den Konsul ist der ehemalige Korbflechter mit der niedrigen Stirn eine Null. Man macht sich über ihn lustig. Selbst die Soldaten reißen Witze über den seltsamen Minister. Für die Offiziere ist der Reichswehrminister, der so den starken Mann mimt, eine ulkige Puppe mit Schraubenzieherhosen.

Ganz offen sagt Ehrhardt, daß Noske von den Dingen nichts verstand. Hauptmann Papst schmiß die ganze Sache. Derselbe Hauptmann Papst fordert in einer Zusammenkunft von Offizieren die Beseitigung der Regierung. Ehrhardt balanziert sich mit seiner Mordbrigade trotz aller Auflösungsbemühungen durch, wie er sich selber ausdrückt. General Lüttwitz sagt freimütig und herzlich, er werde es nicht dulden, daß die Truppe aufgelöst wird. Die Offiziere sprechen ganz unverfroren davon, daß der Regierung jetzt Angst vor ihnen wird. Diese Weißgardisten sehen den Weg klar vor sich. Vor den Augen der sozialistischen Machthaber, vor den Augen Noskes organisieren sie den Schlag der Konterrevolution. Ehrhardt zeigt in den Tagen vor dem Kapp-Putsch immer ein lächelndes Gesicht. Ein paar ängstliche Generale, die ihn vom Marsch nach Berlin abhalten wollten, bedroht er mit dem Revolver wie ein Bringant. Aber als er von Verhandlungen hört, ist er unzufrieden; denn er weiß, daß dabei nichts herauskommt. Hat er doch oft genug mit Noske gesprochen.

Das ist der große überlegene Noske von der völkerbefreienden Sozialdemokratie. Er läßt sich von Ehrhardt und seinen Kumpanen glatt in den Sack stecken. Er sieht den Schlag kommen und unternimmt nichts. Als der Schlag erfolgt, setzt er Ebert ins Auto und haut ab nach Dresden. Wäre die Solidarität der Arbeiter nicht etwas, was sich über alle Noskes zu erheben vermöchte, eine Handvoll Abenteurer hätte schon damals die Republik glatt über den Haufen gerannt. Noske war vorbereitet.

Ehrhardt hat sein Spiel weiter getrieben. Immer, wenn die Republik erschüttert wurde, hatte er seine Hand im Spiele. Oft war er direkt der Macher, der mit Dolch und Browning die Demokratie regierte. Er hat Erzberger, Rathenau und mehr auf dem Gewissen. Diesem Mann hat Noske im Namen der sozialistischen Regierung die Anerkennung ausgesprochen. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: Wer ist es, der die Republik verraten hat?

Heute lebt Ehrhardt irgendwo im Schatten der Republik, die ihn stiefbrieflich zu verfolgen glaubt. In Deutschland herrscht schlimmste Reaktion, Hunderte von Arbeitern sind in den Zuchthäusern. Noch wützt man „nur" mit weißen pazifistischen Tüchern. Bald werden die Consule sich wieder hervorwagen dürfen. Ihre Praxis in Arbeitermunden ist der Bourgeoisie Gold wert. Aber die Sozialdemokratie wird vergeblich einen Dank erwarten. Nach wie vor steht diese Arbeiterpartei tatlos und mit lächerlichen Gebärden diesen Dingen gegenüber.

Diesmal müssen die Arbeiter die Zeichen verstehen, die sie im Jahre 1919 noch nicht zu deuten vermochten. Der wiederkehrende Ehrhardt, das bedeutet das erwachende deutsche Bürgertum, das bedeutet Ströme von Arbeiterblut. Die Frage ist an die sozialdemokratischen Arbeiter gerichtet, ob sie wünschen, daß die Zeiten Ehrhardt wiederkehren. Die Offenheit des Kapitäns dürfte den Arbeitern die Antwort nicht schwer machen.

Heute bereits steht geschichtlich fest: Ohne Noske war kein Ehrhardt möglich, ohne die verräterische Politik der Sozialdemokratie ständen wir heute nicht vor der Frage des Bürgerblocks. Für die sozialdemokratischen Arbeiter gibt es zwischen zweierlei zu wählen: entweder Noske und Ehrhardt — oder Klassenkampf mit allen Mitteln, d. h. Revolution, d. h. Anschluß an die Kommunistische Partei. Beides ist nicht leicht. Ehrhardt, der bewußte Vertreter des konterrevolutionären Bürgertums, der den menschewistischen Noske über den Haufen schmiß, hat darüber bereits gesagt, was zu sagen ist: „Wer im Bürgerkrieg die Waffe ergreift, soll wissen, daß es kein Spaß ist."

Schon einmal hat die deutsche Arbeiterklasse bewiesen, daß sie sich im einmütigen solidarischen Handeln über den Verrat ihrer Führer erheben konnte, als sie im Kapp-Putsch zu gewaltigen Kämpfen ansetzte. Wenn die Arbeiter aus den Enthüllungen Ehrhardts die Erkenntnis und die Kraft schöpfen, sich von ihren sozialdemokratischen Führern zu lösen, dann wird trotz allen Verrats die Sache der deutschen Arbeiter noch nicht verloren sein. Dann werden sich die deutschen Arbeiter noch einmal die Gelegenheit nehmen, um zu beweisen, „daß es kein Spaß ist"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0007

Aus den Gewerkschaften

DMV. und die Gewerkschaftseinheit!

„Wir halten die Vereinigung zwischen Moskau und Amsterdam für angebracht, nicht weil wir „Ruhe im Hause" haben wollen, sondern aus der einfachen Ueberlegung heraus, daß sie zur Wahrnehmung der proletarischen Belange notwendig ist."

So steht wörtlich zu lesen in der „Metallarbeiter-Zeitung" vom 27. September im zweiten Teil des Artikels „Einigungsdrang der Moskauer Gewerkschaftsinternationale".

Die Praxis der „Wahrnehmung der proletarischen Belange" schaut aber im DMV. einwenig anders aus. Der erweiterte Beirat des DMV. hat in seiner Sitzung vom 19. September folgende praktische Schritte zur „Herstellung" der Gewerkschaftseinheit im nationalen Rahmen Deutschlands beschlossen:

„Ein korporativer Uebertritt von Mitgliedern inländischer Sonderorganisationen kommt nicht in Frage. Bedingungen kann der Uebertretende nicht stellen. — Jeder Uebertrittsantrag wird von der Ortsverwaltung geprüft, ob er dem Vorstand befürwortend weitergegeben werden kann. — **Aus einer Gewerkschaft ausgeschlossene ehemalige Mitglieder können nicht übertreten.**"

Dies wörtlich zu lesen in dem Rundschreiben Nr. 50 des Vorstandes des DMV. an die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen vom 25. September 1924.

Aber obwohl die Linke sehr wohl weiß, was die Rechte tut, müssen wir zu unserem Erstaunen im Rundschreiben des Vorstandes des DMV. Nr. 44 vom 15. August d. J. folgende so ziemlich eine entgegengesetzte Tendenz scheinbar verfolgenden Sätze lesen:

„Auch die leider noch zahlreich vorhandenen unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie sind zu einer Beisteuer heranzuziehen. (Es handelt sich hier um die Beisteuer zur Sabotage des Kampfes um den Achtstundentag und für den Volksentscheidrummel. D. R.) Gerade die Unorganisierten haben begründete Ursache, hier mitzumachen, ist doch vielfach durch ihre Schuld und Gleichgültigkeit der Achtstundentag in die Brüche gegangen."

Also einerseits, „wir wollen die Einheit, weil die Arbeiterklasse sie dringend braucht". Andererseits: „wir werden die revolutionären Gewerkschaftselemente um keinen Preis wieder in die Gewerkschaften aufnehmen." Und schließlich das perfide Wehklagen von der Menge Unorganisierter, und der Ruf, in die Gewerkschaften einzutreten, wobei bis dahin ihnen die ganze Schuld an dem Verlorengehen des Achtstundentages in die Schuhe geschoben wird, und die Gewerkschaften bis dahin als kampfunfähig für den Achtstundentag erklärt werden.

Nun, diese Lügen haben ganz kurze Beine. Denn nicht die Masse der Unorganisierten wohl ist schuld daran, daß am 23. September d. J. in einem stillen Winkel die **Berliner Ortsverwaltung des DMV. einen Kuhhandel mit dem Verband Berliner Metallindustrieller abgeschlossen hat,** bei dem sie, ohne auch nur den Kampf zu versuchen oder an die Metallarbeitermassen zu appellieren, die Arbeitszeitvereinbarung vom 5. Januar 1924 bis zum 5. April 1925 verlängert und die Kündigung nicht früher zuläßt, bis nicht ein neues Arbeitszeitgesetze erscheint. Im Volksentscheidrummel soll dieses schändliche Dokument der völlig kampflosen Preisgabe des Achtstundentages und der Verewigung verlängerter Arbeitszeit untertauchen.

Dieser Verrat der Arbeiterinteressen, diese praktische Sabotage der gewerkschaftlichen Einheit versucht der DMV. aus herrlichen Traditionen herzuleiten. Er ruft als seinen Kronzeugen Karl Marx an, der 1869 Haman gegenüber erklärt haben soll: „**Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen;** geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben." Dieser Ausspruch Karl Marx's soll den reformistischen Gewerkschaftsführern dazu dienen, den Kampf der Kommunistischen Partei um die Politisierung der Gewerkschaftsbewegung zu diskreditieren. Allerdings hindert er die Gewerkschaftsspitzen nicht daran, unter glorreicher Anleitung der Sozialdemokratischen Partei die Gewerkschaften zur Preisgabe aller Arbeiterinteressen zu erziehen. Der obige Ausspruch ist scheinbar das einzige, was von der gesamten Lehre Karl Marx's für die reformistischen Gewerkschaftsführer annehmbar ist. Wir wollen sie daher erinnern an die entscheidenden Sätze, die im Namen des Generalrats der ersten Internationale im Jahre 1875 an Guillaume gerichtet wurden:

„Glaubt Ihr etwa, daß die Gewerkschaften je die Befreiung der Arbeiter erkämpfen werden? Nein! Wir benützen die Gewerkschaft als das eine Mittel von den vielen, nicht aber als Ziel. Die Gewerkschaft organisiert die Arbeiter, sie teilt die Gesellschaft in zwei feindliche Lager: in dasjenige der Arbeiter und dasjenige der Arbeitgeber; in der heutigen Gesellschaft ist die Gewerkschaft der Ausdruck des wirtschaftlichen Kampfes; sie wird aber niemals die Gesellschaft umformen; sie vermag die soziale Revolution einzuleiten, sie wird sie niemals zu beenden vermögen. Um die Gesellschaft umzuformen, um die soziale Revolution zu Ende zu führen, werden die Arbeiter gezwungen sein, die politische Macht zu erobern."

Dies ist, Herren vom DMV. und den übrigen ADGB.-Verbänden, der Marxismus. Und welche Organisationen Marx für die Eroberung der politischen Macht für nötig hielt, das könnt Ihr einmal in Lenins „Staat und Revolution" nachlesen.

Daher vergeblich gipfelt die praktische Sabotage der gewerkschaftlichen Einheit in der theoretischen Begründung der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung": daß weil „die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung den Grundsatz der politischen Neutralität der Gewerkschaften als eine konterrevolutionäre Demagogie ablehnt" und weil „die deutschen Gewerkschaften und mit ihnen die Amsterdamer Internationale die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von jeder politischen Bevormundung erstreben", deshalb —

„Nach diesen Darlegungen glauben wir die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß an eine Verschmelzung der Roten Gewerkschaftsinternationale mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gerade um der Arbeiterbewegung willen zunächst nicht gedacht werden darf."

So wörtlich zu lesen als Schlußsatz in demselben Artikel derselben „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" von demselben Tage, wo der Anfangssatz der von uns zu Anfang zitierte „Wunsch" des DMV. der Gewerkschaftseinheit protzt.

Der Kongreß der mächtigsten Gewerkschaften der Welt, der englischen Gewerkschaftsbund in Hull, findet in den Flüstern des DMV. auf diese Weise den erbittertsten Feind. Dies das Gesicht der „linken" deutschen Amsterdamer vom Schlage Dißmanns. Ihr einziger Unterschied von den „rechten" ist wohl der, daß die „linken" neben dem Schlußsatz auch den Anfangssatz hersagen, um radikal zu erscheinen, während die „rechten" sich diese „Sentimentalität" sparen.

Achtung, Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Die Löhne für die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands, die durch den Schlichtungsausschuß mit Wirkung ab 3. September um 3 Pf. erhöht worden sind, vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden und wird nun der Zentralausschuß für Arbeitertarifsachen in Berlin am Donnerstag, dem 9., und Freitag, dem 10. Oktober, die endgültige Entscheidung über diese Erhöhung fällen. Ebenfalls wird der Zentralausschuß über die abgelehnten Löhne für die Straßenbahner und das Krankenhauspersonal entscheiden. Gleich nach Bekanntgabe dieser letzten Zentralschiedssprüche werden die Vertrauensleute in einer Versammlung dazu Stellung nehmen. **Wir bitten schon jetzt, die Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen darauf aufmerksam zu machen.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Streik der Steinmetzen in Halle

Nachdem die Unternehmer jedwede Lohnerhöhung abgelehnt haben, sind am Sonnabend die **Steinmetzen in Halle in Streik getreten.** Vor Zuzug wird gewarnt!

Streik der Bauarbeiter in Wittenberg

Die Bauarbeiter in Wittenberg sind in Streik getreten. Drei Unternehmer haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die übrigen streiken weiter. Näherer Bericht erscheint morgen.

Sitzung der kommunistischen Kartelldelegierten und Gewerkschaftsfunktionäre in Wittenberg

Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Wittenberg (Freudenbergs Lokal) eine **Sitzung der kommunistischen Kartelldelegierten und der Gewerkschaftsfunktionäre** statt.

Alle Gewerkschaftsfunktionäre müssen erscheinen. Sehr wichtige Tagesordnung.

Wie die Arbeiter in Rußland vor Ausbeutung geschützt werden

Ein Ehrendokument für die Sowjetregierung

Russische und deutsche Menschewisten verbreiten in der SPD.-Gewerkschaftspresse fortlaufend die bekannten Lügen, wie angeblich in Rußland die Arbeiter ausgebeutet, blutig unterdrückt und dem Kapital ausgeliefert würden. Wir haben diese Verleumdungen schon oft durch wahrheitsgemäße Darstellung der Verhältnisse widerlegt. Doch das wurde von den SPD.-Organen als im Auftrag der Sowjetregierung geschriebene Schwarzarbeit verschrien. Nun bestätigt das deutsche Scharfmachertum, gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", ungewollt unsere Angaben. In ihrem Leitartikel vom Sonntag, dem 14. September, bringt sie unter der Ueberschrift: „Deutsche Wirtschaftskonzessionen in Rußland" eine ihr von Moskau zugegangene Zuschrift, die sich hauptsächlich mit den Konzessionsunternehmungen deutscher Kapitalisten in Rußland befaßt. Darin heißt es unter anderem wörtlich:

„Allgemein sehr störend ist der verkürzte Arbeitstag und die starre Festsetzung der Löhne. Vor allen Dingen wirkt schädlich, daß die Tagelöhne für Frauen und minderwertige Arbeiter verhältnismäßig hoch angesetzt sind und Minderjährige nur in ganz geringem Maße und gegen viel zu hohen Lohn zur Arbeit herangezogen werden dürfen. Hieraus folgt, daß für absehbare Zeit sich weder Rüben- noch Kartoffelbau, wahrscheinlich auch nicht Gartenbau im großen lohnen werden und an eine Wiederaufnahme des Brennereiwesens und der Zuckerfabrikation nicht zu denken ist. Sehr störend wirkt auch das ständige Dreinreden des Arbeiterkommissars und des Betriebsrates, deren ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, die Löhne zu erhöhen und dadurch den Betrieb verteuern, auch sorgfältig das Einhalten der beschränkten Arbeitszeit überwachen und dafür Sorge tragen, daß nur Arbeiter, die durch Vermittlung der „Arbeiterbörse" angenommen werden können, angestellt werden; gleichgültig, ob sie tüchtig sind oder nicht."

Wenn in diesen Zeilen der Aerger über den durch die scharfe Ausübung der Arbeitergesetze und Schutzbestimmungen entgangenen Profit zum Ausdruck kommt, so ist es gerade darum ein Ehrendokument für die Arbeiter- und Bauernregierung in Sowjet-Rußland. Diese Unternehmerklage entlarvt mit wenigen Sätzen die Verleumdermeldungen der Menschewisten als niederträchtige Lügen und zeigt jedem deutschen und westeuropäischen Arbeiter durch eine gewiß einwandsfreie Quelle, wie gut für den geschaffenen Proletarier in Rußland gesorgt ist, wie dort der Achtstdn. Sechsstundentag mit eiserner Strenge durchgeführt wird, die Löhne sichergestellt werden und den Betriebsräten ihr bestimmender Einfluß durch die Machtorgane des Staates garantiert wird. Wie steht es dagegen in Deutschland? Die Stellung dieser Frage und die Veröffentlichung der „Rh.-Westf. Ztg." müssen den reformistischen Lügnern das Maul stopfen.

„Moral" und Gewerkschaftsspaltung

Weil er den SPD.-Mann Brünting, erster Vorsitzender der SPD. in Gelsenkirchen, mit „Lump" bezeichnet hat, da er in Gemeinschaft mit einer der Arbeiterschaft fernstehenden Clique den Arbeitern ihr Eigentum streitig machen wollte, wurde der erste Bevollmächtigte (Kommunist) des DMV. in Gelsenkirchen aus dem Verband ausgeschlossen. Tatkräftig hatte dabei die Bezirksleitung des DMV. in Essen unter Führung des SPD.-Bezirksleiters Wolf, der in Rheinland-Westfalen die Metallarbeiter zu zehn- und zwölfstündiger Fron den Kapitalisten ausliefern geholfen. Der zur Strecke gebrachte Kommunist hatte durch den Ausspruch „Lump" bewiesen, daß er „moralisch nicht einwandfrei" ist — so wörtlich in der Begründung des Ausschlusses — und mußte aus der „moralisch einwandfreien Gesellschaft" ausgestoßen werden. Wie diese Moralphilister in Wirklichkeit aussehen, darüber berichtet unser Parteiorgan in Gelsenkirchen wie folgt:

„Der der Bezirksleitung des DMV. in Essen angehörende SPD.-Mann Flender verkuppelte seine Frau an französische Offiziere. Dafür zeichnete er höhere Beträge auf sozialdemokratische Sammellisten, wodurch es der SPD. möglich gemacht wurde, gegen die Kommunisten zu kämpfen. Derselbe Flender gab jedoch auch seine Frau für den Bezirksleiter Wolf ab. Letzterer ermöglichte es dann, daß der Inhaltler Flender die Arbeiterakademie in Frankfurt besuchen konnte, trotz des Protestes der Gelsenkirchener Metallarbeiter, deren Geld dafür verwendet wurde. Einen gegen Flender gestellten Ausschlußantrag lehnte der Hauptvorstand nach Rücksprache mit der Bezirksleitung ab. Flender, von uns aufgefordert, gegen die schweren Beschuldigungen eine Klage anzustrengen, lehnte dieses strikte ab mit der Motivierung, weil er dadurch andere bloßstellen würde; nämlich Brünting und mehrere führende SPD.-Leute."

Welcher Sumpf mag da vorhanden sein? Wir wollen es uns verkagen, noch weiter hineinzuleuchten. Aber diese Leute mögen sich hüten, ihre verbrecherische Spaltung der Gewerkschaften mit „moralischen" Vorwänden schamhaft zu bedecken.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Die Zerstörung der Arbeiter-Konsumvereine durch die Bureaukratie

Die Genossenschaftsbureaukraten waren schon immer die besten Stützen der Bourgeoisie, die diese in ihrem Kampf gegen das klassenbewußte Proletariat mit allen Mitteln unterstützten. Dabei haben sie den ganzen Apparat der Arbeiter-Konsumvereine der Bourgeoisie zur Verfügung gestellt. Die von den Bureaukraten betriebene Politik wich kein Iota von der reaktionären Politik der Kapitalistenklasse ab. Auch Kampf gegen die Kommunisten führte die Bureaukratie mit allen brutalen Mitteln. Auf den diesjährigen Revisionsverbandstagen und dem Genossenschaftstag in Ulm vergewaltigte sie die oppositionelle Minderheit in einem Maße, das sogar das Auftreten der Opposition auf diesen Tagungen nahezu unmöglich machte. In Ulm plante bereits die Bureaukratie, den „entscheidenden" Schritt gegen die Opposition zu tun, nur fehlte ihr noch die nötige Courage, so daß sie sich mit der Erklärung begnügte, auch ohne die Annahme einer Entschließung gegen die kommunistische Gefahr rechtzeitig einzugreifen.

Im jetzigen Augenblick, wo die Spaltungsoffensive der reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie ihren Höhepunkt bereits längst überschritten hat, wo durch die intensive Arbeit der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau und die deutschen Kommunisten bei allen Arbeitern und Arbeiterinnen das Unheil der Spaltung der gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats immer mehr erkannt und verurteilt wird und der Wille zur Einheit der wirtschaftlichen proletarischen Organisationen sich immer mehr Bahn bricht, wagt die Genossenschaftsbureaukratie in Hamburg, gegen alle klassenbewußten Konsumvereinsmitglieder vorzugehen und den Schritt zu ihrem Ausschluß zu tun. Am 22. September hat in Hamburg eine **Sitzung des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes** stattgefunden, in welcher eine **Aufforderung an alle Konsumvereine** beschlossen ist, worin unter Bezugnahme auf das reaktionäre Genossenschaftsgesetz von 1868, dessen §§ 81 und 149 für die Genossenschaften eine politische Neutralität" vorschreiben, gesagt wird, daß die „Neutralität" nicht nur für die „rechtliche Existenz", sondern auch das „wirtschaftliche Gedeihen" notwendig sei. In dem Aufruf wird dann weiter gesagt,

„daß Mitglieder einer Genossenschaft, die die Genossenschaft zum Organ des Klassenkampfes, zum „Proviantamt" im Falle des Streiks und des Aufruhrs machen und Mittel der Genossenschaft für irgend welche parteipolitischen Zwecke verwenden wollen und dies innerhalb der Organisation durch entsprechende Handlungen zum Ausdruck bringen, die Existenz ihrer Genossenschaft gefährden. Sie sind daher auf Grund der Satzungen auszuschließen."

Es sollen alle Mitglieder ausgeschlossen werden, die diesbezügliche Anträge stellen, Beschlüsse fassen lassen, ja sogar diejenigen, die mündliche und schriftliche Propaganda für die Umwandlung der Genossenschaften zu Organen des Klassenkampfes machen. Die Zentralinstanzen in Hamburg haben keine statutarischen Befugnisse, die klassenbewußten Mitglieder selber auszuschließen und fordern deshalb alle Konsumvereine auf, ihrer Aufforderung nachzukommen. Falls Konsumvereine der Aufforderung nicht nachkommen, werden Mitglieder, die gemäß des Beschlusses der Bureaukratie ausgeschlossen werden müßten, aber nicht ausgeschlossen **werden,** zu den Unterverbands- und Genossenschaftstagungen **nicht zugelassen.**

Die Durchführung dieses Beschlusses bedeutet praktisch den Ausschluß aller oppositionellen proletarischen Elemente und die Spaltung und Zerstörung der Arbeitergenossenschaften. Die Konsumvereine müssen nicht nur jedes **kommunistische** Mitglied, das sich auf Grund seiner Ueberzeugung in den Genossenschaften betätigt, ausschließen, sondern **alle ehrlichen proletarischen Elemente überhaupt, also auch parteilose und sogar Arbeiter, die der SPD. angehören.** Denn ein Teil der SPD.-Arbeiter und Parteilose haben bisher oft gemeinsam mit den Kommunisten in einer Front gegen die Instanzenclique gestanden. Auf dem Parteitag der SPD. in Berlin war von diesen ein Antrag gestellt, die Genossenschaftsbewegung als „Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse" ihrem „eigentlichen Zweck dienstbar" zu machen. Natürlich verstand die SPD.-Bureaukratie, diesen Antrag zu verhindern und ihn dem Vorstand zu überweisen. Gerade dieser Tage hat in Zeitz eine Kreiskonferenz der SPD. stattgefunden, wo die Genossenschaftsresolution des Sozialistenkongresses von 1910 in Kopenhagen mit Mehrheit angenommen wurde. Auch gegen diese SPD.-Aktionäre sind die Genossenschaften nach dem Beschluß der Hamburger Bureaukratie verpflichtet vorzugehen und sie auszuschließen.

Seit einigen Jahren bedeuteten die aktiven klassenbewußten Arbeitermitglieder den Bureaukraten in den Konsumvereinen eine große Gefahr, denn sie ließen es nicht länger zu, daß in den Arbeitergenossenschaften durch diese Lakaien der Bourgeoisie hinter dem Deckmantel der politischen „Neutralität" verborgen die Politik des deutschen Großkapitals getrieben wurde. Sie erhoben oft ihre warnende Stimme, entlarvten die Taten der Bureaukratie, klärten die Konsumvereinsmitglieder auf und haben sich in vielen Konsumvereinen bereits so durchgesetzt, daß sie die absolute Mehrheit in den Verwaltungen haben, in anderen Konsumvereinen haben sie bereits eine große Minderheit der Arbeiter hinter sich. Das ist also die Gefahr für die Bureaukratie, die immer mehr ihre Herrschaft bedroht sieht.

Die Begründung, daß die Genossenschaften „neutral" sein müßten, ist lächerlich. Denn diese „Neutralität" existierte in Wirklichkeit nie. Als 1914 bei Ausbruch des imperialistischen Räuberkrieges sich die „Neutralität" bewessen mußte, erklärte Dr. Aug. Müller in der „Rundschau", daß die „politische Enthaltsamkeit ihre Grenzen" habe und für diesmal ein Ausflug ins politische Gebiet gestattet sei. Während des Krieges haben wir die besten Beweise, wie die „Neutralität" zur aktiven Unterstützung der imperialistischen Kriegs- und Durchhaltepolitik benutzt wurde. Auch jetzt, auf dem 11. Weltkongreß in Gent zeigte sich die „Neutralität", wo man für den Völkerbund eintrat und es bedarf keines Beweises: **in allen politischen Fragen waren die deutschen Genossenschaftsbureaukraten nie „neutral", nur standen sie auf der anderen Seite der Barrikade, bei der Bourgeoisie.**

Der ungeheuerliche Hamburger Beschluß muß die Entrüstung der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft auslösen. Die Aufforderung der Instanzen, auszutreten aus den Konsumvereinen, wem die Politik der Bureaukratie nicht gefällt, muß beantwortet werden: **mit dem Eintritt aller Arbeiter, die bisher noch der Bewegung abseits standen.**

Die von den Zentralinstanzen beschlossenen Gewaltmaßnahmen müssen die gesamten genossenschaftlich organisierten Arbeiter zum rücksichtslosesten Kampf gegen die Verbrechen der Bureaukratie aufrütteln. Die Mitglieder müssen sofort überall die Einberufung von Mitgliederversammlungen fordern und gegen die Spaltungsabsichten der Kaufmann, Kaasch und Konsorten Stellung nehmen. Die Mitglieder müssen mit allen Mitteln den Ausschluß von oppositionellen Genossen verhindern, müssen die Vorstände ihrer Vereine zwingen, daß sie offen abrücken von den beabsichtigten Maßnahmen der Zentralbureaukratie. Ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Schädlinge der Arbeiterklasse muß einsetzen und die gesamte Arbeiterklasse muß aktiv an diesem Kampf teilnehmen. Aufgabe der Opposition muß es sein, jetzt die Arbeiterklasse zu mobilisieren gegen diese Verräter, jetzt muß dem letzten Arbeiter klar gemacht werden, daß die Genossenschaften untrennbar mit der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden sind und daß sie eingestellt werden müssen in die Kampffront des revolutionären Proletariats. Möglich ist dieses nur, wenn die Macht der reformistischen Bureaukratie gebrochen und diese beseitigt wird. Unter der Parole gegen die Genossenschaftszerstörer und für die Erhaltung der genossenschaftlichen Einheit und **Einstellung in die proletarische Klassenfront muß jetzt der rücksichtsloseste Kampf gegen die Verräter bis zu ihrer Vernichtung aufgenommen werden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241006-18/fragment/page=0008